

NEUE ZEIT

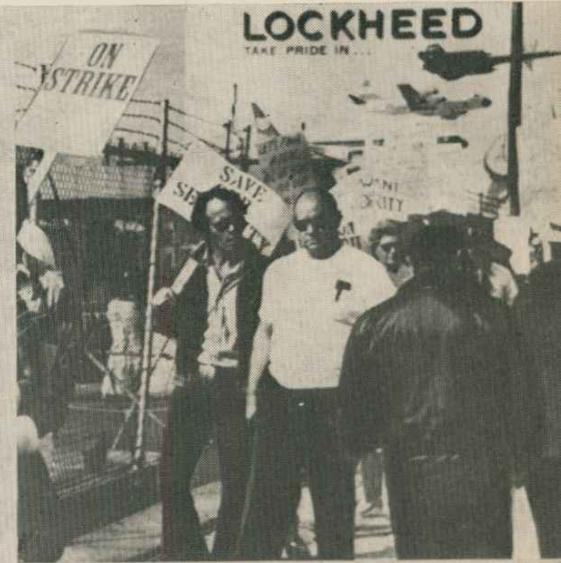


SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

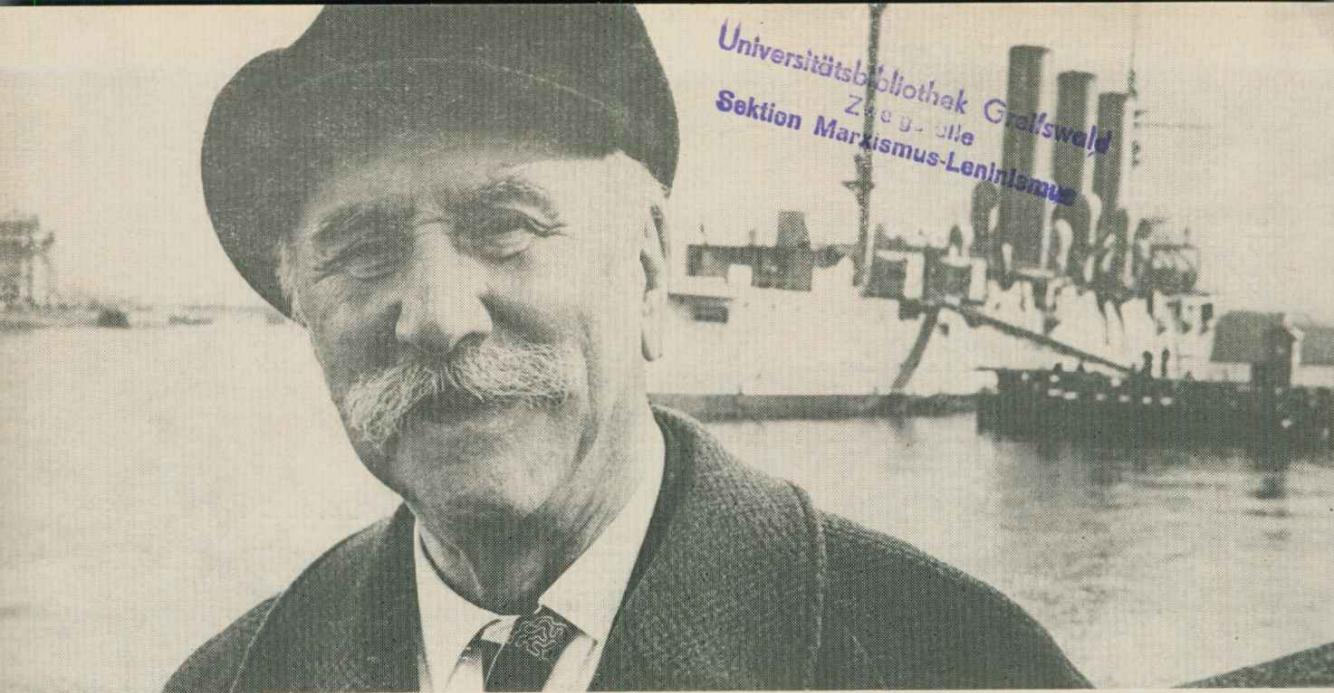
Universitätsbibliothek Greifswald
Sektion Marxismus-Leninismus
Zweigstelle

44

DIE ERDE PREIST DIE OKTOBERREVOLUTION
UdSSR—Indien: Freundschaft und Zusammenarbeit ★
NEUTRONENBOMBE—NEIN! ★ Bundesdeutsche Terrorsuppe



DOM-20
2200-2303
SEKT / MARX / LENIN
14159-44 105 147 652



SOWJETUNION IM BILD

„Wir haben, was gebraucht wird, sowohl in den Naturschätzen als auch in den Reserven an menschlichen Kräften sowie in dem herrlichen Elan, den die große Revolution der Schöpferkraft des Volkes verliehen hat, um ein wirklich mächtiges und reiches Rußland zu schaffen.“ Diese Worte Lenins gelten auch für Wassili Winogradow, einen Kämpfer der hervorragenden Garde revolutionärer Leninisten. Proletarier aus Peters-



burg, Verbreiter der „Prawda“, Sekretär einer Werksparteizelle, Rotgardist, aktiver Teilnehmer der revolutionären Kämpfe von 1917, der zweimal mit Lenin zusammentraf, später der erste kommunistische Direktor des Metallwerkes, Held der sozialistischen Arbeit und Delegierter des XXV. Parteitages — so sieht sein langer Lebensweg aus.

Unsere Bilder: Wassili Winogradow ♦ Auch heute ist der Veteran der Oktoberrevolution in seinem Betrieb gern gesehen. Wassili Winogradow im Gespräch mit dem Leiter der Turbinenbauabteilung des Metallwerkes, Genossen Amosow ♦ Bei einem Zusammentreffen mit jungen Pionieren

Fotos: G. Dubinski

DER DISZIPLINIERTE SCHRITT DES PROLETARIATS

Lärmend rattern die Fernschreiber. Wie ein empfindlicher Kardiograph zeichnen sie den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Zustand der Welt auf. Aber Welch ein Unterschied zwischen den „Kardiogrammen“ ihrer beiden Teile — des sozialistischen und des kapitalistischen! Das Herz der neuen Welt schlägt energisch und gleichmäßig, wie es bei einem jungen, kräftigen Organismus sein muß. Beim Kapitalismus aber, der ernstlich „kranken Gesellschaft“, wollen die akuten Krampfanfälle und Krisen nicht enden.

Die Sowjetunion, das erste sozialistische Land, bereitet sich auf seinen 60. Jahrestag vor. Die Werktätigen unseres Landes wetteifern darum, ihn würdig zu begehen. Von der neuen Verfassung inspiriert, haben sie den Plan für die ersten neun Monate des zweiten Jahres des zehnten Planjahrfünfts erfüllt. Auch die Völker der sozialistischen Bruderländer begießen das Oktoberjubiläum mit hohen Arbeitsleistungen.

Aus dem Westen treffen andere Nachrichten ein. Die Hoffnungen der kapitalistischen Hauptländer, 1977 ihre Angelegenheiten ins reine zu bringen, wurden zu Wasser. Der Produktionszuwachs ist weit unter den Erwartungen geblieben, und auch die Inflation konnte nicht „gebändigt“ werden. Voraussichtlich wird die Zahl der Arbeitslosen in den 23 westlichen Industrieländern gegenüber 1976 um eine weitere Million zunehmen.

Verstärkung der politischen Instabilität der bürgerlichen Gesellschaft und Zuspitzung der antagonistischen sozialen Widersprüche im gesamten kapitalistischen Weltsystem sind die Folge der chronischen wirtschaftlichen Gebrechen. In dieser Situation versuchen die neofaschistischen und anderen ultrareaktionären Elemente, ihre Provokationen zu aktivieren. Objektiv spielen auch die Handlungen gewisser linksextremistischer Gruppierungen der finstersten imperialistischen Reaktion in die Hände, obwohl sie in ihren Äußerungen für eine radikale Umgestaltung der Ausbeuterordnung eintreten. Alle wirklich revolutionären Kräfte lehnen diese Kampf „methoden“ kategorisch ab. „Hysterische Aufwallung brauchen wir nicht. Wir brauchen den gemessenen Schritt der eisernen Bataillone des Proletariats“, sagte Lenin.

Auf die raffiniert eingefädelten Intrigen der

Reaktion, auf die Versuche der monopolistischen Kreise, aus der Sackgasse, in die die Wirtschaftskrise sie geführt hat, durch Schmälerung der Rechte und Interessen der Werktätigen herauszukommen, reagiert die Arbeiterklasse mit Verstärkung des Kampfes gegen das Großkapital, das die Hauptschuld am sozialen Elend trägt.

Der Streikkampf im Westen, in den verschiedene Schichten der werktätigen Bevölkerung eingreifen, schwollt an. In Italien z. B. fanden in diesem Jahr mehrere Generalstreiks statt. Eine ebensolche Streikwelle ging im Mai dieses Jahres über Frankreich hinweg, und in der ersten Oktoberhälfte wurde in Paris auf einen Appell der Allgemeinen Arbeitskonföderation hin ein nationaler Kampftag für das Recht auf Arbeit, gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit veranstaltet. Zu wichtigen Meilensteinen im Streikkampf der USA gestalteten sich gesamtationale Massenaktionen der Arbeiter der Automobil-, der Elektro-, der Gummi-, der Kohle- und der Textilindustrie sowie anderer Branchen. Zu großen Streiks kam es dieses Jahr in Großbritannien, der BRD, Japan und in anderen kapitalistischen Ländern.

Der gegenwärtige Streikkampf in der kapitalistischen Welt bietet ein außerordentlich vielfältiges Bild. Jede Formation der internationalen Arbeiterklasse handelt unter spezifischen Bedingungen, aber die Gemeinsamkeit der proletarischen Ziele liegt auf der Hand. Nicht ohne Grund wird im Schlußkommuniqué des Treffens von 17 kommunistischen Parteien Westeuropas, das im Juni d. J. in Brüssel stattfand, gesagt: „Der Kampf für Wohlstand, für sozialen Fortschritt, für demokratische Rechte und Sozialismus, unter den spezifischen Bedingungen jedes einzelnen Landes ausgetragen, fördert die erstarkende Solidarität zwischen den Werktätigen des ganzen kapitalistischen Europas und zwischen ihren Organisationen.“

Die Werktätigen unseres Landes, der Heimat des Oktober, unterstützen, ihrer internationalistischen revolutionären Pflicht getreu, nach wie vor den Kampf ihrer Klassenbrüder. Heute, am Vorabend des ruhmreichen Jubiläums der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die eine neue Epoche einleitete, die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, entbietet unsere Partei im Namen des ganzen Volkes der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder, die aufopferungsvoll gegen Ausbeutung und Gewaltherrschaft der Monopole, für die Rechte aller Werktätigen, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpft, ihren brüderlichen Gruß!

WOCHENSCHAU

Auf Einladung der sowjetischen Partei- und Staatsführung traf am 21. Oktober der indische Ministerpräsident Morarji Desai zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion ein. Am selben Tag begannen im Kreml die Verhandlungen zwischen Leonid Breschnew, Alexej Kossygin und Andrej Gromyko einerseits, Morarji Desai und dem indischen Außenminister Atal Bihari Vajpayee andererseits. Der Meinungsaustausch berührte einen weiten Kreis von Fragen der sowjetisch-indischen Beziehungen sowie aktueller internationaler Probleme. Am 21. Oktober gaben das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und die Regierung der UdSSR zu Ehren von Morarji Desai im Kreml ein Essen. Bei dieser Gelegenheit hielten Leonid Breschnew und Morarji Desai Ansprachen. (Siehe S. 6.)

Auf Einladung von Marschall der Sowjetunion D. F. Ustinow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, weilte vom 20. bis 24. Oktober der französische Verteidigungsminister Yvon Bourges zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Am 24. Oktober wurde er von Leonid Breschnew empfangen. Während des Gesprächs wurden die Kontakte, die sich zwischen der Sowjetunion und Frankreich auf militärischem Gebiet entwickeln, als positiv beurteilt. Wie festgestellt wurde, tragen sie zur Festigung des gegenseitigen Verstehens und zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bei. Ferner wurde die weitere Festigung der Zusammenarbeit UdSSR-Frankreich für den Frieden in Europa und in der Welt als sehr wichtig bezeichnet. Zwischen D. F. Ustinow und Y. Bourges fanden Gespräche statt. Y. Bourges lud D. F. Ustinow zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich ein. Die Einladung wurde angenommen.

Leonid Breschnew sandte dem König von Spanien, Don Juan Carlos I., ein Glückwunschtelegramm, in dem er dem spanischen Volk die besten Wünsche zum Nationalfeiertag des Landes aussprach. In seinem Antworttelegramm übermittelte der spanische König im Namen des spanischen Volkes seinen aufrichtigen Dank für die Glückwünsche.

Am 20. Oktober empfing Alexej Kossygin im Kreml den Präsidenten der fran-

zösischen Bank „Crédit Lyonnais“, Claude Pierre-Brossollet, der auf Einladung der Staatsbank der UdSSR in der Sowjetunion eingetroffen war. Das Gespräch berührte Fragen der Zusammenarbeit UdSSR-Frankreich und der internationalen Finanzlage.

Am 19. Oktober veröffentlichte die sowjetische Presse den Bericht der Statistischen Zentralverwaltung der UdSSR über die Erfüllung des Staatsplans für die Industrie in den ersten neun Monaten des Jahres 1977. Der Zuwachs der Industrieproduktion betrug gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs 5,8 Prozent, während im Plan 5,6 Prozent vorgesehen waren. Die Arbeitsproduktivität stieg um 4,3 Prozent.

Vom 13. bis 24. Oktober weilte auf Einladung des Sowjetischen Komitees für Solidarität mit den Ländern Asiens und Afrikas eine Delegation von Vertretern der palästinensischen Öffentlichkeit unter der Leitung des Mitglieds des Zentralrates der PLO und des Palästinensischen Nationalrates, Yasser Amr, in der Sowjetunion. Auf den Treffen äußerte sich die Delegation anerkennend über die Politik der KPdSU und der Sowjetregierung, die auf eine allumfassende Kardinalregelung der Nahostkrise, die Selbstbestimmung des arabischen Volkes von Palästina in einem souveränen, unabhängigen Staat und die Herstellung eines wirklich dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten abzielt.

Am 18. Oktober hielt sich Außenminister Gromyko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, auf Einladung des Politbüros des ZK der PVAP und der Regierung der VR Polen zu einem offiziellen Besuch in Warschau auf. Er wurde vom Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, empfangen. Außerdem führte er ein Gespräch mit dem Außenminister der VR Polen, Emil Wojtaszek.

Vom 17. bis 20. Oktober tagte in Sofia unter dem Vorsitz von Marschall der Sowjetunion V. G. Kulikow, Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte, farnusmäßig der Militärrat der Vereinten Streitkräfte der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Er beschäftigte sich mit laufenden Problemen der Vereinten Streitkräfte und nahm dazu entsprechende Empfehlungen an.

Am 24. Oktober traf Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Kultur der UdSSR, P. N. Demitschew, zu einem offiziellen Besuch in Paris ein.

Der Vorsitzende des Ministerrates der VR Polen, Piotr Jaroszewicz, stattete Bulgarien einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Er führte Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Ministerrates der VR Bulgarien, Stanko Todorow.

In Helsinki fand am 20. Oktober ein gemeinsames sowjetisch-finnisches Symposium zum Thema „Wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit UdSSR-Finnland“ statt. Es hatte den 60. Jahrestag des Großen Oktober und den 60. Jahrestag der staatlichen Unabhängigkeit Finlands zum Anlaß.

Am 21. Oktober beendete der Präsident Jugoslawiens und Vorsitzende des BdKJ, Josip Broz Tito, seine Auslandsreise. Er hatte Frankreich, Portugal und Algerien offizielle Besuche abgestattet.

In Rom tagte am 20. Oktober die Leitung des Internationalen Forums für Kontakte der Friedenskräfte. Fragen der weiteren Ausdehnung des Dialogs und der Zusammenarbeit der Friedenskräfte und der Strömungen, die für Entspannung und Abrüstung eintreten, wurden erörtert.

Der Sicherheitsrat der UNO verlängerte das Mandat der UNO-Streitkräfte im Nahen Osten um ein weiteres Jahr, bis zum 24. Oktober 1978.

In Panama wurde am 23. Oktober eine Volksabstimmung über die Ratifizierung der kürzlich mit den Vereinigten Staaten geschlossenen Verträge über den neuen Status des Panamakanals abgehalten. Die Mehrzahl der Teilnehmer des Referendums sprach sich für die Ratifizierung aus. (Siehe S. 16.)

Die internationale Öffentlichkeit beging am 24. Oktober den Tag der Organisation der Vereinten Nationen. In Moskau gedachten an diesem Tage Verfechter der Öffentlichkeit der sowjetischen Hauptstadt in einer Versammlung des 32. Jahrestages der UNO.



Kreml, 21. Oktober. Verhandlungen zwischen Leonid Breschnew, Alexej Kossygin und Andrej Gromyko einerseits, dem indischen Ministerpräsidenten Morarji Desai und Außenminister Atal Bihari Vajpayee andererseits.

Foto TASS

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 44 OKTOBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

■

Verlag der Zeitung „Trud“
 Moskau

■

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

■

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadja

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Der disziplinierte Schrift des Proletariats	1
A. Sobolew — Der Erfahrungsschatz aller Revolutionäre	4
V. Sidenko — UdSSR—Indien: Traditionssreiche Freundschaft	6
Vor dem großen Jahrestag	7
Oskar Fischer — Garant des Friedens	10
L. Besymenski, W. Gavilewski — Mehr Seriosität angebracht	12
Palmiro Togliatti — „Die Macht der endlich freien Werkfältigen“	14
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare	16
Petr Tantschew — Unser Anspruch	18
J. Antoschin — Kampuchea: Auf neuen Wegen	20
Biographisches: Lazar Mojsow	21
G. Galperin — Nordostafrikas Konflikt und seine Hintergründe	22
W. Pawlow — Großbritannien: Wahlkampfkoffer gepackt	23
W. R. Meswele — Kämpfendes Botswana (Interview)	24
A. Klimow — UdSSR—Syrien: Nach 20 Jahren	26
D. Fedenko — Mit N fängt auch nein an	27
K. Karagesian — BRD: Großfahndung läuft	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

In den kapitalistischen Ländern dehnt sich der Kampf der Werkfältigen für sozialen Fortschritt, Frieden und Abrüstung aus. Titelbild: In Kolumbien fand ein 24stündiger Generalstreik gegen die arbeiterfeindliche Politik der Machthaber statt, in dessen Verlauf es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam ◆ In Kalifornien streikten 15 000 Frugzeugmechaniker des Lockheed-Konzerns um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ◆ Teilnehmer einer Kundgebung in Tokio demonstrierten für die Einstellung des Weltfriedens und Erhöhung der Sozialleistungen ◆ In Bremen fand eine Demonstration gegen Entlassungen und Drosselung der Produktion statt.

DER ERFAHRUNGSCHATZ ALLER REVOLUTIONÄRE

Dr. phil. s. c. Alexander SOBOLEW

Die Große Oktoberrevolution leitete allumfassende soziale Wandlungen in der modernen Welt ein. Sie war ein starker Impuls für alle Formationen der weltweiten revolutionären Bewegung und bot neue Möglichkeiten und Aussichten für die Entfaltung der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Freiheitsbewegung. Die Oktoberrevolution hat beim Werden, beim Erstarken und bei der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in aller Welt eine hervorragende Rolle gespielt.

Seit der Revolution hat das Sowjetvolk, geführt von der Kommunistischen Partei, einen Weg zurückgelegt, der Jahrhunderten gleichzusetzen ist. Die UdSSR hat in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik einen hohen Stand erreicht. Bei uns ist der entwickelte Sozialismus aufgebaut und der bisher größte soziale Fortschritt der Welt erzielt.

In diesem Zeitraum haben in einigen Ländern Europas und Asiens sowie auf Kuba Revolutionen gesiegt und ist das sozialistische Weltsystem entstanden. Die geschichtliche Initiative ist an die revolutionären sozialistischen Kräfte übergegangen. Vorwärtsstrebend bietet der reale Sozialismus den Völkern die greifbare Aussicht auf sozialen Fortschritt in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Der weltgeschichtliche Wettstreit, der nach Oktober 1917 begann, ist jetzt in eine neue Phase getreten. In diesem Wettstreit treten die Gebrechen des kapitalistischen Systems kraß zutage. Dank der wissenschaftlich-technischen Revolution werden mehr materielle Güter erzeugt, doch das Elend der Volksmassen nimmt überhand. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Inflation geben Millionen ein Gefühl der Unsicherheit und Unruhe. Die Spanne zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der frei gewordenen Länder und denjenigen der imperialistischen Staaten klafft immer weiter. Die Imperialisten forcieren das widersinnige Wettrüsten. Überhaupt verhindert der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht nur, daß die wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse zum Nutzen der Werktäglichen ausgewertet werden, sondern er treibt die Völker auch neuen Katastrophen entgegen. Der Kapitalismus macht eine Krise seiner politischen Strukturen durch, er zerstört die Umwelt. Typisch für ihn sind ideologische Ausweglosigkeit, geistige Misere, Verbreitung eines Kultursatzes, moralischer Verfall und die Gewalt als Lebensprinzip.

Unter diesen Umständen macht die internationale Arbeiterklasse, ja die ganze fortschrittliche Menschheit die Kardinalfragen der Weltentwicklung und des sozialen Fortschritts zum Schwerpunkt ihres Kampfes.

Die materielle Basis der einschneidenden sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen, die eine fortschrittliche Lösung der brennenden Probleme der ganzen Menschheit gewährleisten, die sozialgeschichtliche Basis des revolutionären Prozesses in der Welt sind die Erfolge der UdSSR und aller sozialistischen Brüderländer. Der Sozialismus übt auf die globale Entwicklung einen vielseitigen Einfluß aus, was sich unmittelbar in der internationalen Frontenziehung und im internationalen Verhältnis der Klassenkräfte äußert. Er zeigt sich auch indirekt, am Niveau des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der Arbeiterklasse, dar-

in, daß er das Ansehen des Sozialismus hebt und vor Augen führt, wie alle sozialen Probleme fortschrittlich, im Interesse der Werktäglichen gelöst werden.

„Der Sozialismus“, so heißt es im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag, „übt schon heute einen gewaltigen Einfluß auf die Gedanken und Gefühle von Hunderten Millionen Menschen der Erde aus... Er bringt den Frieden, die Achtung vor der Souveränität aller Länder und gleichberechtigte zwischenstaatliche Zusammenarbeit, er ist eine Stütze für die Völker, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit ringen. Und der morgige Tag wird zweifelsohne neue Beweise für die grenzenlosen Möglichkeiten des Sozialismus, für seine historische Überlegenheit über den Kapitalismus liefern.“

Durch das viel höhere Ansehen und den viel stärkeren Einfluß des Sozialismus sowie die akute Zuspitzung der kapitalistischen Gegensätze bieten sich der Arbeiterbewegung und der nationalen Freiheitsbewegung neue Möglichkeiten und Aussichten. Es entsteht eine günstigere Lage dafür, daß im Kampf für den Übergang zu sozialistischen Lebensformen die konkreten geschichtlichen Voraussetzungen und nationalen Traditionen am vollsten zur Geltung kommen können. Auch in Zukunft werden die Wege und Formen beim Übergang der Völker zum Sozialismus um so mannigfaltiger sein, je mehr sich die sozialistischen Länder entwickeln und kräftigen und je stärker sich die Arbeiterbewegung und die nationale Freiheitsbewegung entfalten werden.

Heutzutage ist es für die revolutionäre Avantgarde eins der dringlichsten Erfordernisse, die allgemeingültigen Gesetze für den Übergang zum Sozialismus zu beherrschen. Manche behaupten, ein Beherrschendes dieser allgemeinen Gesetze und eine Auswertung der vorhandenen sozialistischen Erfahrungen bedeuten das Eingeständnis, daß Modelle und Muster des Sozialismus gleichermaßen für alle bindend seien. Solche Vorwürfe, daß jemand allen Universalmuster für den Übergang zum Sozialismus aufzwinge, sind jedoch absolut unhaltbar. In Dokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung sowie aller Parteien ist stets und ständig betont, daß sich jedes Land selbstständig revolutionär entwickelt. Es bestehen jedoch objektive Gesetze für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, die nicht in stiller Klause ausgeheckt werden sind, sondern im Wesen der gesellschaftlichen Entwicklung liegen. Beim politischen Leiten des revolutionierenden Wirkens der Arbeiterklasse eines Landes ist es eine große Kunst, diese Gesetze auf die konkreten, den besonderen Verhältnissen des betreffenden Landes entsprechende Politik anzuwenden.

Die Revisionisten haben bekanntlich viel nicht-marxistische Theorien vom Sozialismus entwickelt: einen „Ware-Geld-Sozialismus“, einen „Marktsozialismus“, einen „humanen Sozialismus“, einen „mit menschlichem Gesicht“ usw. In China führten die Maoisten, als sie die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Lehre revidierten, Prinzipien eines Kasernenhofsozialismus ein. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß weder revisionistische Auffassungen vom Sozialismus noch ein Kasernenhofsozialismus die sozialistischen Lebensnormen Wirklichkeit werden lassen. Jedwede

Abweichung von den allgemeingültigen Gesetzen führt entweder zu einer Deformation des Sozialismus oder aber zum Überhandnehmen vielerlei kapitalistischer Elemente, was die Gefahr eines Wiederauflebens der kapitalistischen Zustände heraufbeschwört.

Deshalb lassen es sich die kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder angelegen sein, den Marxismus-Leninismus schöpferisch fortzuentwickeln, ihn mit neuen Erfahrungen anzureichern und zugleich die allgemeinen Gesetze für das Funktionieren der sozialistischen Produktionsweise restlos zur Geltung zu bringen und sie schöpferisch auf die konkreten Verhältnisse anzuwenden. Die Erfahrung lehrt, daß der real existierende Sozialismus in seinen ihm eigentümlichen Formen nur feste Gestalt annehmen konnte durch die schöpferische und wissenschaftlich fundierte Anwendung der allgemeingültigen, objektiven Entwicklungsgesetze der neuen Gesellschaftsordnung.

Die vollständigste, gründlichste Charakteristik der real bestehenden, entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist in der von der außerordentlichen 7. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 7. Oktober 1977 angenommenen Verfassung enthalten. In seinem Bericht auf der Tagung betonte Leonid Breschnew, „daß in der UdSSR nun der entwickelte Sozialismus erreicht, ein solches Reifestadium der neuen Gesellschaft erreicht ist, in dem die Umgestaltung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen auf kollektivistischen Grundlagen zum Abschluß kommt, die dem Sozialismus immanent sind. Das heißt voller Spielraum für die Wirksamkeit der Gesetze des Sozialismus, für die Wahrnehmung seiner Vorteile in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das heißt organische Ganzheit und Dynamik des sozialen Systems, seine politische Stabilität und unerschütterliche innere Einheit.“

Beim Formulieren der neuen Verfassung hat die Kommunistische Partei die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus wesentlich bereichert und die theoretische Analyse der Substanz des entwickelten Sozialismus vertieft. Indessen behauptet niemand, die sowjetischen Erfahrungen bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens im entwickelten Sozialismus hätten für alle zu gelten.

Die KPdSU sieht den Austausch der Erfahrungen aus dem sozialistischen Aufbau mit anderen Ländern als grundsätzlich wichtig an. Jedes sozialistische Land sammelt bei der Erfüllung der sozialistischen Aufgaben, bei den Methoden der Wirtschaftsführung, bei der Gestaltung des politischen Lebens, in der ideologischen Arbeit usw. seine eigenen Erfahrungen. Der Erfahrungsaustausch aber trägt viel dazu bei, die Entwicklung der sozialistischen Länder zu beschleunigen, und ist, wie die Praxis zeigt, eine notwendige Form der Festigung ihrer Gemeinschaft.

Im Rahmen dieser Erfahrungen und als Ausdruck der neuen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern bildet und entwickelt sich der sozialistische Internationalismus. Er stellt eine unmittelbare Fortsetzung und Fortentwicklung der internationalen proletarischen Solidarität der sozialistischen Länder mit einander dar. Er verkörpert die internationalen sozialistischen Beziehungen, zu denen völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität, brüderliche gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens gehören. Die höchste Ausdrucksform des sozialistischen Internationalismus ist der gemeinsame Schutz der sozialistischen Errungenschaften. Die

KPdSU, ja alle kommunistischen Bruderparteien betrachten es als ihre vornehmste internationale Pflicht, die sozialistische Ordnung bei sich im Land allseitig zu fördern, die Einheit der sozialistischen Länder zu konsolidieren, einander allseitige Hilfe zu erweisen, sich aktiv am weltgeschichtlichen Kampf des Sozialismus mit dem Kapitalismus im Rahmen der friedlichen Koexistenz zu beteiligen, anderen Völkern ihre Unabhängigkeit behaupten zu helfen und für sozialen Fortschritt zu kämpfen. Damit wollen sich die sozialistischen Länder keineswegs Vorteile verschaffen und erst recht keine Hegemonie über andere Länder und Parteien ausüben. Falls nötig, sind die UdSSR und die anderen Bruderländer sogar zu gewissen Opfern bereit. Die KPdSU meint, diese Opfer würden sich schließlich durch den Zusammenschluß aller revolutionären Kräfte bezahlt machen.

Im Sinne des sozialistischen Internationalismus halten es die kommunistischen Parteien der Bruderländer für äußerst wichtig, die Freundschaft und die internationalen Verbindungen mit der UdSSR enger zu gestalten. Es finden sich jedoch Publizisten, die unsere Freunde deshalb kritisieren, wobei sie vergessen, daß es deren souveränes Recht ist, über die Art ihrer Beziehungen zu beliebigen Staaten und Parteien, also auch zur KPdSU und zur UdSSR, selbst zu bestimmen.

Die auf der Lehre von Marx, Engels und Lenin beruhende proletarische internationale Solidarität setzt eine Klasseneinstellung beim Festlegen des politischen Kurses im Hinblick auf die weltpolitischen Kardinalfragen voraus.

Letzthin schreibt die Auslands presse vielfach über die konfrontierten Militärblöcke in Europa. Was ist dazu zu sagen? Die KPdSU, die eine Politik der friedlichen Koexistenz betreibt, hat wiederholt vorgeschlagen, die Warschauer Vertragsorganisation und die NATO gleichzeitig aufzulösen. Die imperialistischen Mächte sind bekanntlich nicht darauf eingegangen, und die Teilung Europas in Blöcke besteht fort.

Soll das aber heißen, daß diese Blöcke sozial gleichwertig sind? Jeder weiß, daß die NATO eine Handhabe für die imperialistische, aggressive Politik ist und daß sich ihre Politik, wie aus Äußerungen von NATO-Generalen hervorgeht, gegen die UdSSR, gegen die sozialistischen Länder richtet. Diese Generale bedrohen die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Europa. Dem gegenüber ist die Warschauer Vertragsorganisation zum Schutz der sozialistischen Länder und Errungenschaften gegründet worden. Sie ist eine Verteidigungsorganisation. Solange der Frieden und soziale Fortschritt in Europa von den aggressiven Kräften des Imperialismus bedroht sind, werden die sozialistischen Länder die Warschauer Vertragsorganisation und ihre eigene Macht und Verteidigungsfähigkeit stärken. Das soll jedoch nicht bedeuten, daß sie eine Blockpolitik betreiben. Sie nehmen die Lebensinteressen aller Völker wahr, und das ist keine Blockpolitik, sondern internationale Solidarität der Tat.

Die Geschichte lehrt, daß ohne die internationale Solidarität, ohne das Zusammenstehen der Kräfte des Sozialismus und der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, ohne ein Basieren auf die konsequente Klassenpolitik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie auf ihre Erfahrungen, die allen revolutionären Kräften gehören, der Sieg über die Ausbeuter nicht errungen, die Sache des Friedens nicht vorangebracht und der soziale Fortschritt nicht beschleunigt werden kann.

TRADITIONSREICHE FREUNDSSCHAFT

Viktor SIDENKO

„Mögen alle Menschen glücklich sein, sich freuen, das Gute erkennen, möge niemand Leid und Kummer erleiden...“

Mit dieser traditionellen indischen Wendung schloß der indische Premierminister Morarji Desai eine Rede bei seinem offiziellen Sowjetunion-Besuch im Oktober d. J. Hierbei äußerte er die Überzeugung, das diese Worte auch die Gefühle und Hoffnungen der sowjetischen Menschen zum Ausdruck bringen. Und er hat sich nicht geirrt. Die Ideen des Guten und der Gerechtigkeit sind dem Sowjetvolk wirklich nahe. Für diese hohen Ideale wurde die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollbracht, deren 60. Jahrestag das Sowjetvolk in einigen Tagen begeht. Der hohe indische Gast charakterisierte die Oktoberrevolution als „epochales Ereignis“ nicht nur in der Geschichte des Sowjetlandes, sondern in der „Geschichte der ganzen Welt“, das nach wie vor Millionen Menschen außerhalb der Sowjetunion inspiriert. Ebendieses Streben der sowjetischen Menschen nach einer Sicherung des Glücks und einer schönen Zukunft der ganzen Menschheit ist in der neuen sowjetischen Verfassung verankert, die der indische Premier gleichfalls hoch einschätzt.

„Wir möchten besonders hervorheben“, sagte M. Desai, „daß sich die UdSSR gemäß der Verfassung verpflichtet, eine Außenpolitik des Friedens und der Zusammenarbeit zu verfolgen.“

Eine deutliche Vorstellung davon, wie die positiven Ziele der sowjetischen Außenpolitik, die in der neuen Verfassung fixiert sind, verwirklicht werden, vermittelte die sowjetisch-indische Freundschaft mit ihren reichen Traditionen.

„Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien, die durch den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit gefestigt wurden, sind sehr gehaltvoll und vielgestaltig“, konstatierte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breshnew, in seiner Rede am 21. Oktober im Kreml. „Sie beinhalteten eine Zusammenarbeit auf zahlreichen Gebieten von Wirtschaft,

Wissenschaft, Kultur und Kunst — eine weitverzweigte, dauerhafte und beiderseitig nützliche Zusammenarbeit.“

Die sowjetisch-indische Zusammenarbeit entwickelt sich, wie Leonid Breshnew sagte, in einer ruhigen, ausgeglichenen politischen Atmosphäre, wobei beide Seiten strikt die Prinzipien der Souveränität, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen beachten. Diese Beziehungen sind ein gutes Beispiel für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Diese Meinung wird auch von der indischen Seite geteilt.

„Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion“, sagte der indische Premier, „hat Indien geholfen, bei der Erreichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Fortschritte zu machen und einen Platz unter den führenden Industrieländern einzunehmen. Ich bin davon überzeugt, daß wir diese beiderseitig nützliche Zusammenarbeit im gleichen Geiste noch weiter ausbauen könnten.“

Während des Besuches verbreitete das Informations- und Pressebüro bei der indischen Regierung eine Presseerklärung, in der es heißt, daß „seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR im Jahre 1947 die indisch-sowjetische Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit ein wichtiger Faktor der Außenpolitik Indiens bleiben“.

Wie das Informations- und Pressebüro betont, gaben die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Indien fast in jeder Frage, die die Lebensinteressen des Landes berührte, politische Unterstützung. In der Erklärung heißt es ferner, daß die Bereitschaft der Sowjetunion, Indien bei der Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftszweige zu helfen, u. a. bei der Stahlproduktion, der Stromerzeugung und im Schwermaschinenbau, die indisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen kennzeichnet.

Zu einem wichtigen Bereich der sowjetisch-indischen Beziehungen wurde das Zusammenwirken für den Weltfrieden. Unsere beiden Staaten haben nicht wenig für positive weltpolitische Veränderungen

getan. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Doch das Leben zeigt, daß die Entspannungspolitik, die gleichberechtigte Zusammenarbeit und die Sicherheit der Völker noch von manchen Gefahren bedroht werden. Neue Konfliktsituationen, gefährliche Spannungsscherde entstehen. Das Feuer des Krieges kann in wenigen Stunden auf andere Kontinente übergreifen und die ganze Erde erfassen, betonte Leonid Breshnew. Und umgekehrt kann ein realer Fortschritt bei der Festigung des Friedens und der guten Nachbarschaft in einem Erdteil die gesamte internationale Atmosphäre wesentlich verbessern. Ebendeshalb finden die sowjetischen Bemühungen um eine Normalisierung der internationalen Lage ein positives Echo auch in Indien, dessen jetzige Führung eine ihrer außenpolitischen Aufgaben darin sieht, wie es Desai sagte, „einen Triumph des Friedens zu gewährleisten“.

Vom Friedensstreben ist auch die Position der Sowjetunion zu einem weiten Kreis aktueller internationaler Probleme bestimmt, die in Leonid Breshnews Rede im Kreml bei einem Essen zu Ehren des indischen Gastes dargelegt wurden. Es geht um Fragen, die mit einem Fortschritt bei einer allgemeinen Beilegung des Konflikts im Nahen Osten, mit der Gewährleistung von Entspannung und Sicherheit in Asien dank den gemeinsamen Bemühungen der asiatischen Staaten zusammenhängen — in der Form, die sie für akzeptabel halten, ferner um eine Einschränkung der militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean und einen erfolgreichen Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen. Ein breites internationales Echo fand auch die in dieser Rede dargelegte Aktionsplattform zur Konsolidierung der militärischen Entspannung in Europa, d. h. gerade dort, wo es, wie sich Desai ausdrückte, „für den Weltfrieden lebenswichtig ist“.

Bei einer ersten Bilanz des UdSSR-Besuchs des indischen Premierministers kann man ihn jenen internationalen Ereignissen zuordnen, die nicht nur einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern bedeuten, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zum Kampf für die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit leisten. Die Ergebnisse des Besuchs kräftigten die von Leonid Breshnew geäußerte Überzeugung, daß die sowjetisch-indische Freundschaft „über Jahrhunderte leben wird“.

AKTIONSPLATTFORM IN EUROPA

(Aus der Rede Leonid Breshnews vom 21. Oktober 1977)

In Europa gilt es die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Was kann man dafür tun? Wie wir meinen, das folgende:

— Zwischen den Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen gegeneinander zu schließen. Der Entwurf eines solchen Vertrages wurde bereits von den Warschauer Vertragsstaaten vorgelegt. Wenn alle beteiligten Seiten eine solche Vereinbarung beachten werden, würde das verständlicherweise die Entfesselung eines Kernkrieges in Europa sowie zwischen den europäischen Ländern und den USA, Kanada vollständig unmöglich machen.

— Zu vereinbaren, daß die in Europa einander gegenüberstehenden militärisch-politischen Gruppierungen und Bündnisse zumindest nicht erweitert werden.

— Konsequent solche Maßnahmen zu verwirklichen, die bereits in der KSZE-Schlüssekte vorgesehen sind, wie die Ankündigung von großen Manövern, die Einladung von Beobachtern zu einigen Manövern und der Austausch von Militärdelegationen. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zeigen, daß diese Schritte wirklich in

gewissem Maße zur Festigung des Vertrauens, zur militärischen Entspannung beitragen. Dies berücksichtigend, sind wir der Auffassung, daß es sich vielleicht lohnt, zu vereinbaren, keine über eine bestimmte Größenordnung, sagen wir 50 000 bis 60 000 Mann, hinausgehenden Manöver zu veranstalten, da große Manöver Besorgnis erregen und herausfordernd wirken.

Wenn die Länder des südlichen Mittelmeerraums wünschen, daß die von der Schlüssekte vorgesehenen vertrauenbildenden Maßnahmen auch diesen an Europa grenzenden Raum erfassen, würden wir das verständnisvoll aufnehmen.

So sieht die von uns vorgelegte Aktionsplattform aus, um die militärische Entspannung in Europa zu konsolidieren.

Wenn andere Staaten ihre konstruktiven Überlegungen hierzu haben, werden wir sie selbstverständlich aufmerksam und ernsthaft aufnehmen.

Diese ganze Problematik könnte bereits in nächster Zeit eingehend erörtert werden — parallel zu den Wiener Verhandlungen — bei speziellen Konsultationen zusammen mit allen KSZE-Staaten.

VOR DEM GROSSEN JAHRESTAG

Unsere Korrespondenten berichten, wie der 60. Jahrestag der Oktoberrevolution in den USA, Jugoslawien, Japan und Peru begangen wird.

SPIEGELBILD DER VERÄNDERUNGEN

Dieser Tage erfahren die Amerikaner viel Neues über die Sowjetunion. Eine große Arbeit leistet die Zeitung der amerikanischen Kommunisten, *Daily World*, die täglich Artikel über die verschiedensten Seiten der sowjetischen Wirklichkeit veröffentlicht. Im Mai und Juni fanden in vier großen Städten Festivals der amerikanisch-sowjetischen Freundschaft statt. Seitdem erweitert sich die Arbeit der Freunde der UdSSR, die in verschiedenen Organisationen vereint sind.

Versammlungen, Vortragsabende, Ausstellungen und Begegnungen mit Menschen, die die Sowjetunion besucht haben, werden in den Novembertagen in New York, Boston, Los Angeles, Chicago, Milwaukee, Seattle, Washington, San Francisco und anderen Städten veranstaltet. Im Nationalrat für amerikanisch-sowjetische Freundschaft berichtete man mir vom wachsenden Interesse an sowjetischen Dokumentarfilmen — mindestens 40 Streifen werden jede Woche ausgeliehen. Colleges, Universitäten und Jugendorganisationen erhalten regelmäßig sowjetische Filme. Die Gesellschaft

verschickt viel Informationsmaterial. Jetzt bereitet sie in New York eine Ausstellung von Grafiken aus allen 15 Sowjetrepubliken vor sowie eine Fotoschau über die Geschichte des Sowjetlandes von der Oktoberrevolution bis heute. Am 24. Oktober wurde die Fotoschau „Volk und Fortschritt“ anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution im UNO-Hauptquartier eröffnet.

Jede Woche laufen sowjetische Filme im New Yorker Kino „Carne-

gie Hall“ — „Drei Lieder über Lenin“, „Ein Menschenchicksal“, „Oktober“, „Hamlet“, „Die Prämie“, „Wenn es September wird“ und viele andere Streifen. „Sie geben ein Spiegelbild der Veränderungen, die sich in der sowjetischen Gesellschaft vollzogen haben, und zeigen schöpferisches Denken“, heißt es in einer Ankündigung. Das Festival geht bis zum 23. November. Ein großes Ereignis wird die Ausstellung in Los Angeles anlässlich des 60. Geburtstages des Sowjetlandes. Sie vermittelt den Amerikanern ein objektives Bild von Vergangenheit und Gegenwart der UdSSR, die von der bürgerlichen Presse verschwiegen oder entstellt wird.

Am Vorabend des Jahrestages der Oktoberrevolution wurde am Pariser UNESCO-Sitz eine große Fotoausstellung „Die UdSSR — Land des Friedens und des Schöpfertums“ eröffnet.

Foto TASS



Zahlreiche Meinungsumfragen zeigen, daß 70 Prozent der Amerikaner für die Entspannung und eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion eintreten. In den USA erinnert man daran, daß zwei denkwürdige Daten in den November fallen. Am 7. November entstand das Sowjetland, ohne das eine Lösung der Weltprobleme heute undenkbar ist. Am 16. November 1933 wurden diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA aufgenommen. Auch angesehene Vertreter der Geschäftswelt werden an der Kundgebung für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion am 26. November in New York teilnehmen.

Was fällt den Amerikanern vor allem im Leben der sowjetischen Menschen auf? Arbeit für alle, riesige Dimensionen des Wohnungsbaus, die niedrigsten Mieten der Welt, kostenlose medizinische Betreuung und Bildung, sehr niedrige Steuern... Die Schlußfolgerung, die die Amerikaner ziehen, ist einfach: Alles geschieht für die werktätigen Menschen. Hier verdient vieles Aufmerksamkeit — für Vergleiche, zum Nachdenken. Der Oktober bewegt die Menschen — und von Jahr zu Jahr immer stärker.

J. GUDKOW

New York

DEN INTERNATIONALISTISCHEN KÄMPFERN GEWIDMET

„Oktobraši“ — so nennt man in Jugoslawien die internationalistischen Kämpfer, die nach dem Sieg der Oktoberrevolution für die Sowjetmacht zur Waffe griffen. Tausende jugoslawische Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee waren auf Seiten der Revolution und verteidigten sie unter Einsatz ihres Lebens. Viele kämpften nach ihrer Rückkehr für die Bildung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Zu ihnen gehört auch der Metallarbeiter und Teilnehmer des Bürgerkrieges in Sowjetrußland, Josip Broz Tito — der spätere Nationalheld des jugoslawischen Volkes und leidenschaftliche Kämpfer gegen den Faschismus, der bereits 40 Jahre den Bund der Kommunisten Jugoslawiens leitet.

„Die Oktoberrevolution bedeutete eine epochale Wende in der modernen Geschichte“, sagte Josip Broz Tito im August d. J., als ihm der Orden der Oktoberrevolution in Moskau überreicht wurde. „Unter Führung des großen Lenin und der

von ihm geschaffenen Partei hat die Arbeiterklasse Rußlands den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung der Welt eingeleitet... Die Ideen des Oktober, die Ideen Lenins sind ein Meilenstein für den Frieden und ein Inspirationsquell für alle, die für Freiheit und Unabhängigkeit, für Souveränität und Gleichberechtigung der Völker, für demokratische Beziehungen zwischen den Menschen und Völkern kämpfen. Deshalb ist der Große Oktober für immer zum Geheimtum der ganzen progressiven Menschheit geworden.“

In diesem Jahr gedenkt man in Jugoslawien wieder voller Stolz seiner internationalistischen Kämpfer, der Soldaten des Oktober. Ihnen ist die gemeinsame Arbeit sowjetischer und jugoslawischer Historiker „Die Teilnahme jugoslawischer Werktaucher an der Oktoberrevolution und am Bürgerkrieg in der UdSSR“ gewidmet. Ein Mitglied des Autorenkollektivs des Sammelbandes, der Direktor des Belgrader Instituts für neue Geschichte, Prof. Pero Damjanović, berichtete mir, daß das Institut neben diesem großen Forschungsvorhaben an einem Memoirenband von über 300 jugoslawischen Internationalisten arbeitete, die für den Sieg der Revolution in Rußland kämpften.

Das Thema des Oktober hat auch das Interesse der jugoslawischen Filmschaffenden gefunden. Der populäre Regisseur Žika Ristić, Autor des bekannten Dokumentärfilms „Die Soldaten des Oktober“, dreht jetzt den Spielfilm „Chronik stürmischer Jahre“.

„Dieser Film ist gleichfalls den

Das japanische Organisationskomitee für die Veranstaltungen anlässlich des 60. Jahrestages des Oktober tagt.



„NEUE ZEIT“ 44-77

jugoslawischen Internationalisten gewidmet“, sagte Žika Ristić, „ihrer Teilnahme am Kampf für die Sowjetmacht in Mittelasien. Vorbild des Haupthelden ist Bürgerkriegsteilnehmer Dimitrije Marković.“

„Als ich in dem Sammelband über die jugoslawischen „Oktobraši“ blätterte, fielen mir die Zeilen auf: „Ich kann sagen, daß eine Welle des Kommunismus, obgleich erst in den allgemeinsten Umrissen, zu bemerken ist, die auch über unser Königreich hinweggehen wird.“ Das schrieb ein Bezirkspolizeibeamter aus der jugoslawischen Stadt Zenica im August 1920 voller Besorgnis an die oberste Leitung. Ja, er hat sich in seinen Prognosen nicht geirrt. Die Wellen des Kommunismus, die Wellen des Großen Oktober sind über dem alten Jugoslawien zusammengeschlagen. Und die Revolution hat siegt.

W. GAWILEWSKI

Belgrad

„IHRER ERFOLGE BEEINDRUCKEN“

Weite Kreise der japanischen Öffentlichkeit bereiten sich darauf vor, den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution zu begehen. Von April bis August lief in Tokio und Osaka eine Ausstellung anlässlich des 60. Jahrestages des Sowjetlandes, die etwa 300 000 Besucher zählte. Anfang September wurde in einer Reihe von Städten die Ausstellung „Sowjetasien“ gezeigt. Es kam auch zu einer Begegnung zwischen den Bürgermeistern der Städte

Foto TASS

te der japanischen Westküste sowie den Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Sowjets der Werkträgerdeputierten der Städte Sibiriens und des sowjetischen Fernen Ostens. Sowjetische Vertreter der Öffentlichkeit hielten Vorträge über den 60. Jahrestag der Oktoberrevolution vor einem großen Auditorium. In der zweiten Septemberhälfte fanden in Kitami, Asahigawa und Shirakawa Versammlungen anlässlich des Jubiläums des Sowjetlandes statt. In Sapporo wurde ein Haus der japanisch-sowjetischen Freundschaft und Kultur eröffnet. Am 28. Oktober begann in den großen Kinos Tokios ein Festival sowjetischer Filme über die Oktoberrevolution. Zur Feier des Jubiläums traf eine sowjetische Delegation unter dem Vorsitzenden der Gesellschaft UdSSR-Japan, dem Minister für Hochseeschiffahrt der UdSSR, Timofej Gushenko, in Japan ein.

Am Vorabend des Jubiläums traf ich mit dem Vorsitzenden der Föderation der Wirtschaftsorganisationen Japans, Toshio Doko, zusammen.

„Ich möchte das Sowjetvolk zum ruhmreichen Jubiläum beglückwünschen“, sagte er. „Die sowjetischen Menschen haben in 60 Jahren einen schweren, doch ruhmreichen Weg zurückgelegt. Seine Erfolge beim Aufbau einer leistungsstarken Wirtschaft und der Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung beeindrucken. Das nationale Ansehen der UdSSR ist sehr stark gestiegen.“

Im August 1976 hatte ich die Gelegenheit, mit Leonid Breschnew, einem hervorragenden Politiker der Gegenwart, zusammenzutreffen. Dieses Treffen ist mir unvergesslich.“

S. LEWTSCHENKO

Tokio

BEI FREUNDEN

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat es mir ermöglicht, zu verstehen, daß der wissenschaftliche Sozialismus als Anleitung zum revolutionären Handeln in allen Ländern in unserer Epoche richtig ist, schrieb José Carlos Mariátegui, der Begründer der Peruanischen Kommunistischen Partei über den Oktober.

Die Jahre vergingen, die Regimes in Peru wechselten einander ab, doch die Freunde der Sowjetunion, deren Zahl trotz der Repressalien

und Verfolgungen unter Diktaturen zugemommen hat, empfinden unverändert tiefe Sympathie für das Land des Oktober.

Im Herbst 1946 wurde der Peruano-Sowjetische Verband für kulturelle Beziehungen gebildet, der später eine Vereinigung wurde. Heute hat er 20 Sektionen mit etwa 3000 Mitgliedern im ganzen Land. Am Vorabend des 60. Jahrestages des Großen Oktober entwickelte der Verband viele Aktivitäten, um das Jubiläum zu feiern. Im Lande wurde ein Nationalkomitee zur Feier des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gebildet, dem sich progressive gewerkschaftliche und gesellschaftliche Organisationen, Parteien und bekannte Persönlichkeiten Perus anschlossen. Das Nationalkomitee trat als Initiator eines Monats der peruanisch-sowjetischen Freundschaft auf, dessen Programm Filmfestivals, verschiedene Wettbewerbe, Buch- und Fotoausstellungen umfaßt. Diese Veranstaltungen sollen die großen Erfolge des Sowjetvolkes in den 60 heroischen Jahren zeigen.

Vor dem Jahrestag traf ich mit den Komiteemitgliedern José María Quimper und José Macedo Mendoza zusammen, Veteranen der Bewegung der Freunde der UdSSR. „In den Jahren seit der Gründung des Verbandes“, sagte José María Quimper, „wurde die Steigerung des Wirtschafts- und Verteidigungspotentials der Sowjetunion das Hauptereignis. All das förderte eine Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses. Der Beitrag der Sowjetunion zu Frieden, Demokratie und Sozialismus wurde entscheidend.“ „Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder“, führte José Macedo Mendoza diesen Gedanken fort, „ist die Gewähr dafür, daß wir im Frieden leben. Diese Politik aktiviert den Kampf gegen den Imperialismus, für sozialen Fortschritt. Wir sind der Sowjetunion zutiefst dankbar, die die Staaten und Völker in ihrem Kampf gegen imperialistische Herrschaft, um ihre nationale Befreiung, für die Festigung der Souveränität und der Unabhängigkeit stets unterstützt. Wir werden zusammen mit dem Sowjetvolk freudig das denkwürdige Fest des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen.“

A. SMIRNOW

Lima

NZ

STREIFLICHTER

THAILAND

Am 20. Oktober kam es zu einem Umsturz. Militärs unter dem Verteidigungsminister Admiral Sangad Chalawu setzten die Regierung Kraivichan ab und übernahmen die Macht. Der Umsturzbeschuß wurde von dem Konsultativrat des Premierministers gefaßt — dem politischen Organ der Gruppe von Militärs, die auch im Oktober v. J. den Umsturz unternahm, nach dem Kraivichan zum Premierminister ernannt wurde. Heute ist der Konsultativrat zu einem Revolutionsrat aus 22 Admiralen, Marschällen, Armeegeneralen und einem hohen Polizeichef a. D. umgebildet. Dieser Rat übt die Macht aus. Zum Führer des neuen Regimes wurde Admiral Chalawu erklärt; der Oberkommandierende der Streitkräfte, General Chamanand, wurde als „Hüter von Ruhe und Ordnung“ im Lande bezeichnet. Die Führer des Umsturzes ließen verlaufen, daß die Armee weiterhin die Monarchie vertheidigen und der König Staatsoberhaupt bleiben werde. Der ehemalige Premier und einige Minister wurden unter Hausarrest gestellt. In Thailand besteht weiterhin der Ausnahmezustand, der nach dem Umsturz vom letzten Jahr verhängt wurde.

Zu den Gründen des jüngsten Umsturzes sagte Chalawu in einer Fernsehansprache, daß die Verschlechterung der Wirtschaftslage große Unzufriedenheit mit der Innenpolitik der früheren Regierung hervorgerufen habe. Die neue Administration erklärte ferner, 1978 würden allgemeine Parlamentswahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung abgehalten werden. Ein verfassungsgebender Ausschuß wurde gebildet.

RSA

Das Verbot afrikanischer Massenorganisationen in der RSA hat bei der afrikanischen Bevölkerung des Landes leidenschaftlichen Protest ausgelöst. Die Rassistenbehörden reagierten mit einer Verschärfung der Repressalien, mit Razzien und Verhaftungen. Die Gefängnisse und Polizeireviere sind überfüllt. Rassistenchef Vorster erklärte, seine Regierung werde mit allen Mitteln „Anarchie und Chaos“ niederhalten. Der Leiter der Rassistengeheimpolizei (BOSS)

GARANT DES FRIEDENS

Oskar FISCHER, Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

Wenn die Sowjetmenschen — und an ihrer Seite auch wir — in wenigen Tagen den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen, wird erneut erkennbar, daß der 7. November 1917 eine neue Epoche der Weltgeschichte eröffnete. Alles, was sich in der Welt seither zum Guten verändert hat, findet seinen Ausgangspunkt in diesem Ereignis des 20. Jahrhunderts.

Der siegreiche Rote Oktober hat den Verlauf auch der deutschen Geschichte grundlegend verändert. Die ruhmvreiche Befreiungstat des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg, seine internationalistische Hilfe, schufen die Voraussetzungen für den „deutschen Oktober“. Für ihn kämpfte Ernst Thälmann an der Spitze der deutschen Kommunisten, und er ist nunmehr in der deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden. Er hat zur Folge, daß der Arbeiter- und Bauern-Staat auf deutschem Boden auch die von Lenin proklamierten Prinzipien als Leitlinien und zur Grundlage seiner Außenpolitik nahm.

Seit nunmehr vier Jahrzehnten lebt Europa im Frieden. Dank den Anstrengungen der sozialistischen Länder ist die Wende vom kalten Krieg zur Entspannung eingetreten. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz werden in den internationalen Beziehungen immer breiter angewandt. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, der Erfolg der gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki. Dauerhafter Friede ist möglich, ein thermonuklearer Weltkrieg läßt sich verhüten — diese Wahrheiten dringen immer tiefer in das Bewußtsein der Völker ein, stimmen sie optimistisch und wecken ihre Entschlossenheit, für ihre Ziele zu kämpfen. Gemeinsam mit ihren Verbündeten unternimmt die DDR alles, um die Entspannung zu festigen und eine Rückkehr zu den Zeiten des kalten Krieges zu verhindern. Wir unterstützen nach Kräften das Friedensprogramm des XXV. Parteitages der KPdSU, das den gegenwärtigen Erfordernissen des Kampfes um Frieden, Sicherheit der Völker und Fortschritt voll und ganz entspricht.

Der IX. Parteitag der SED unterstrich erneut, daß die DDR ihr anspruchsvolles innenpolitisches Programm ebenso wie die außenpolitischen Aufgaben nur im engsten Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft erfüllen kann. Unser Volk hat in seiner eigenen Geschichte das Gewicht des abgestimmten, einmütigen Vorgehens der Staaten

ten der sozialistischen Gemeinschaft und vor allem des unermüdlichen Einsatzes der Sowjetunion für Frieden und Umgestaltung der Beziehungen zwischen den Staaten überzeugend gespürt. Es hat tausendfach internationale Solidarität zum Beispiel im Kampf um die Zerschlagung der imperialistischen diplomatischen Blockade empfangen. Es übt diese Solidarität unter den Bedingungen der gewachsenen erstarkten internationalen Position seines Staates. Es ist wohlbekannt: Die DDR setzt alle Kraft ein, um die sozialistische Gemeinschaft zu stärken und die internationale Solidarität mit allen um Freiheit, nationale Unabhängigkeit und Fortschritt kämpfenden Kräften in der Welt zu mehren.

In Europa wie in der ganzen Welt erstarren die Kräfte, die entschieden für Entspannung und gegenseitig vorteilhafte internationale Zusammenarbeit eintreten. Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen: der Friede ist gefährdet. Die internationale Entspannung ist bei weitem noch nicht stabil und dauerhaft. Diejenigen, die am Wettrüsten profitieren, streben nach einer neuen Runde des Wettrüstens. Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes und des Revanchismus haben ihren Einfluß auf einige Regierungen wiederum verstärken können. Die Rüstungsausgaben steigen, neue gefährlichere Massenvernichtungswaffen werden entwickelt, mit dem Kredo der Neutronenbombe wollen die Imperialisten das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Dank dem unermüdlichen konstruktiven Wirken der UdSSR sind Verträge über eine Begrenzung des Wettrüstens abgeschlossen worden, Verträge, die die Gefahr eines Raketen-Kernwaffenkrieges zurückdrängen. Die Welt erwartet neue Abkommen. Die Entwürfe dafür hat die Sowjetunion schon unterbreitet.

Der von der Sowjetunion in der UNO vorgelegte Entwurf eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen wäre für die weitere Gesundung der internationalen Lage außerordentlich bedeutsam. Die Zeit ist reif, den Vertrag fertigzustellen.

Die DDR hat immer wieder auf die große Bedeutung hingewiesen, die dem Vorschlag des Warschauer Vertrages an die Teilnehmer der gesamteuropäischen Staatenkonferenz zukommt, sich vertraglich zu verpflichten, gegeneinander nicht als erste Kernwaffen anzuwenden. Angesichts der enormen Anhäufung von Kernwaffen in Europa würde eine



derartige Vereinbarung das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten unseres Kontinents entscheidend verbessern.

Als direkt an den Wiener Verhandlungen beteiligter Staat setzt die DDR gemeinsam mit den anderen dort anwesenden sozialistischen Staaten ihre Bemühungen fort, Vereinbarungen über die Reduzierung der hohen Konzentration militärischer Macht in Mitteleuropa zu erreichen. Alle elf Staaten, die Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa unterhalten, sollten diese gegenseitig und gleichwertig vermindern. Damit würde das in diesem Raum ausgeglichene militärische Kräfteverhältnis nicht verändert, aber ein wichtiger Schritt auf dem Gebiet der militärischen Entspannung getan, das Vertrauen zwischen den Staaten gestärkt.

Die DDR arbeitet als Mitglied des 54-Staaten-Gremiums zur Vorbereitung der für das kommende Jahr vorgesehenen UNO-Sondertagung zur Abrüstung darauf hin, daß ihr Verlauf und ihre Ergebnisse den Abrüstungsverhandlungen neue Impulse geben und den Weg für die Einberufung der Weltkonferenz ebnen.

Seit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden unbestreitbare Fortschritte bei der Gesundung der außenpolitischen Atmosphäre auf diesem Kontinent erzielt. Die Ergebnisse von Helsinki haben, wie Genosse Honecker sagte, „eine breite Plattform geschaffen, um jene Probleme zu lösen, die bei der Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Europa auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen“. Das paßt den Entspannungsgegnern nicht. Sie wollen das Dokument, nachdem es gegen ihren Willen und gegen ihre Machenschaften angenommen wurde, zum Schaden des Sozialismus missbrauchen. Die vereinbarten Prinzipien ignorierend, soll zum Beispiel „Korb 3“ zum alleinigen Kriterium

für die Erfüllung der Schlußakte erhoben werden. Natürlich werden die Beziehungen zwischen den Staaten belastet und die Entwicklung im Interesse und zum Nutzen der Völker gefährdet, wenn solche unveräußerlichen Selbstverständlichkeiten wie die Souveränität der Staaten und die Nichteinmischung in deren innere Angelegenheiten mißachtet werden. Es liegt auf der Hand, daß die Schlußakte als einheitliches Ganzes betrachtet und erfüllt werden muß. Nur dann wird sie der Entspannung im Geiste der erzielten Vereinbarungen zum Fortschritt verhelfen, zur Festigung und Entwicklung der schon vorliegenden Ergebnisse beitragen.

Trotz der Schwierigkeiten bahnt sich die Entspannung dennoch den Weg. Das dokumentiert gleichsam die Tatsache, daß die 35 Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki die Aufgaben der vorbereitenden Etappe des Belgrader Treffens bewältigen konnten. Dazu ist Geduld, noch mehr Realismus vonnöten. Wer heute wiederum Schwierigkeiten macht, negiert die Interessen der Völker.

Heute komplizieren Entspannungsgegner die internationale Lage besonders auch durch das Schüren bestehender und die Schaffung neuer Konfliktherde in verschiedenen Teilen der Welt. Die Imperialisten sind bestrebt, die Einheit der Völker Asiens und Afrikas zu unterminieren, sie von den Hauptfragen abzulenken.

Die sich entwickelnden Staaten und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erweisen sich entgegen diesen Intrigen als wachsende Kraft im Ringen um Frieden, Sicherheit und um sozialen Fortschritt in der Welt. Denn friedliche Entwicklung von Dauer, Entspannung und Abrüstung sind die notwendige Bedingung für die Stärkung ihrer nationalen Unabhängigkeit. Bewaffnete Konflikte drohen immer in einen Krieg großen Ausmaßes mit unvorstellbaren Auswirkungen hinüberzuwachsen.

Wer sich also gegen eine friedliche Lösung des Konflikts im östlichen Horn Afrikas stellt, will Schlechtes. Die Versuche der imperialistischen Kreise, die die Rassistenregimes im Süden Afrikas dabei unterstützen, in Namibia und Simbabwe Marionetten einzusetzen und der Apartheidspolitik eine Tarnkappe aufzusetzen, ohne die Macht- und Ausbeuterstrukturen zu ändern, sind gleicher Art.

Die DDR gewährt den jungen Nationalstaaten und nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem gerechten Kampf solidarische Hilfe und Unterstützung. Die Erfolge im Kampf um die Materialisierung der Entspannung, um wirkungsvolle Maßnahmen der Abrüstung und um die weitere demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehun-

gen werden um so gewichtiger sein, je fester die Aktionseinheit dieser Kräfte mit den sozialistischen Staaten ist.

Die DDR hält Kurs auf die ständige Festigung der Freundschaft und wachsende, umfassende Annäherung mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten.

Zu Ehren des 60. Jahrestages des Großen Oktober wurde der bisher umfassendste sozialistische Wettbewerb in unserer Republik entfaltet: An ihm beteiligen sich 8 Millionen Werktätige von den insgesamt 11 Millionen wahlberechtigten Bürgern unseres Staates. Mit ihrer schöpferischen und fleißigen Arbeit würdigen sie auf Leninsche Art dieses epochemachende Jubiläum, verwirklichen sie die anspruchsvollen Beschlüsse des IX. Parteitages der SED. Damit wird das Leben des Volkes der DDR schöner und reicher.

Die Sowjetunion ist in den 60 Jahren ihres Bestehens zur unüberwindlichen Friedensmacht geworden. Sie hielt den härtesten Prüfungen stand. Auch als sie der einzige sozialistische Staat war, konnten die Feinde sie nicht bezwingen. Das Sowjetvolk siegte über den Faschismus. Auch heute ist die UdSSR die mächtigste Friedenskraft in der Welt. Der Sozialismus ist der Garant des Friedens.

Von größter Bedeutung für die Stärkung der Positionen des Sozialismus, des Fortschritts und des Friedens in der ganzen Welt ist die Annahme des neuen Grundgesetzes des Sowjetstaates. Die Verfassung der UdSSR ist die konzentrierte Bilanz der ruhmreichen 60jährigen Entwicklung der Sowjetunion.

Die abgestimmte Außenpolitik der sozialistischen Staaten erhöht ihren Einfluß auf die internationalen Beziehungen. Dies dient zugleich der Sicherheit und der friedlichen Entwicklung aller Völker.

Genosse Erich Honecker sagte im März 1977 zu den außenpolitischen Aufgaben der DDR: „Wir werden ungeachtet aller imperialistischen Störmanöver und Gegenangriffe auch weiterhin das Unsere für die Festigung und den Ausbau der Entspannung tun. Was auf ihrem Wege erreicht wurde, kam um einen hohen Preis langjährigen Kampfes und mühevoller politischer Anstrengungen zustande. Es ist zu wertvoll im Interesse der friedlichen Gegenwart und Zukunft unseres von zwei Weltkriegen heimgesuchten Kontinents, als daß einer Falange von Scharfmachern und Rüstungskapitalisten erlaubt werden dürfte, es zu gefährden.“

Der Friede mußte immer in hartem Kampf errungen werden. Unser Glaube an dauerhaften Frieden liegt im weiteren Erstarken des Sozialismus, das heißt in den Taten der Millionen Werktätigen in den sozialistischen Bruderstaaten.

NZ

STREIFLICHTER

drohte mit „noch härteren Maßnahmen“, falls die „Unruhen“ andauern sollten. In den Straßen Pretorias, aller anderen Großstädte und afrikanischen Townships patrouillieren verstärkte Polizeistreifen und paramilitärische „Sicherheitstruppen“.

Doch das Wüten der Rassisten stieß auf noch entschiedeneren Widerstand der Bevölkerung. Aus Protest gegen die Repressalien begannen 300 000 Schuler Sowetos mit einem Unterrichtsboykott. Die Verleger von 14 Zeitungen verurteilten den Beschuß der Behörden, die einzige afrikanische Zeitung des Landes zu verbieten und ihren Chefredakteur zu verhaften.

Die OAU gab eine Erklärung ab, in der sie die Handlungen der rassistischen Administration in Pretoria entschieden verurteilte. Sie rief das Volk der RSA auf, sich zum bewaffneten Kampf gegen das verhafte Regime zu erheben. Auf Verlangen der Gruppe afrikanischer Staaten berief der UNO-Sicherheitsrat eine Sondersitzung ein, um die Lage in Südafrika zu erörtern.

■ NIKARAGUA

Die nationale Befreiungsfront hat ihre Tätigkeit aktiviert. Truppen der Patrioten griffen einige Kasernen an, u. a. in der Hauptstadt. In einer Botschaft rief die Front die Nikaraguaner auf, sich zum bewaffneten Kampf zu erheben, um das proamerikanische Somoza-Regime zu stürzen. Der Diktator hat Truppen, Flugzeuge und Panzer zur Unterdrückung des Aufstandes eingesetzt. Bei Zusammenstößen wurden viele Menschen getötet oder verletzt. Wie die panamische Zeitung *República* meldete, leiten amerikanische Offiziere die „Strafoperationen“, und Einheiten der US Army nehmen unmittelbar an den Kampfhandlungen teil.

Der Freiheitskampf der Nikaraguaner wird von den demokratischen Kräften in anderen lateinamerikanischen Ländern unterstützt. „Das Volk von Nikaragua hat das unveräußerliche Recht, gegen die Diktatur zu kämpfen“, heißt es in einer Erklärung der Partei der Volksavantgarde Kostrikas (der KP). „Die nikaraguanischen Patrioten, die zu den Waffen gegriffen haben, verdienen unsere Achtung und Solidarität.“

MEHR SERIÖSITÄT ANGEBRACHT

Von unseren Sonderberichterstattern
Lew Besymenski, Wladimir Gawilewski

Nach der ersten Woche im Rampenlicht der Öffentlichkeit wird bereits drei Wochen unter Ausschluß der Öffentlichkeit getagt. Die Arbeitsgruppen haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Wie die Prozedur vorsah, müssen gegen Ende der fünften Woche konkrete Vorschläge zur weiteren Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und zur Vertiefung der Entspannung vorgelegt werden.

Wie früher verläuft die Arbeit im großen und ganzen sachlich und zeigt dadurch anschaulich, daß die gesamteuropäische Zusammenarbeit große Möglichkeiten bietet.

Menschenrechtsdemagogie

Bei unseren Gesprächen mit den Vertretern einer Reihe von Delegationen wurde uns gesagt, daß es in der Propagandakampagne, die einige westliche Massenmedien vor dem Belgrader Treffen führten, natürlich zu willkürlichen Interpretationen der Schlußakte, einer Verschiebung der Akzente und selbst einer Entstellung dieses Dokumentes kam. Doch in Belgrad mußten sich alle Teilnehmer des Treffens von der Schlußakte leiten lassen. Hier wird die Unzulässigkeit von Versuchen besonders deutlich, die Schlußakte in Abschnitte zu teilen, die für den Westen bzw. den Osten „von Vorteil“ sind.

Wieviel Tinte verschwendeten andere Autoren, um zu zeigen, daß das Prinzip VII (Menschenrechte) und der mit ihm zusammenhängende „dritte Korb“ (Zusammenarbeit auf dem humanitären und auf anderen Gebieten) für den Westen von Vorteil sind und man folglich gerade hier auf die sozialistischen Länder „Druck ausüben“ müsse. Einer solchen Versuchung erlagen in Belgrad auch einige westliche Diplomaten.

Bereits bei den einleitenden Erklärungen der Delegierten mancher westlicher Länder verlief die Diskussion etwas ungewöhnlich. Viele unserer westlichen Kollegen waren ganz Ohr, als der Delegierte Portugals, J. Lima, von der Notwendigkeit

sprach, die Menschenrechte zu achten. Doch zu ihrem Erstaunen meinte er nicht die „Dissidenten“, sondern die Rechte der portugiesischen Arbeiter im Ausland, die geachtet werden müssen.

„Meine Regierung hält es für ihre verfassungsmäßige Pflicht“, erklärte J. Lima, „die Rechte der portugiesischen Arbeiter im Ausland zu schützen.“

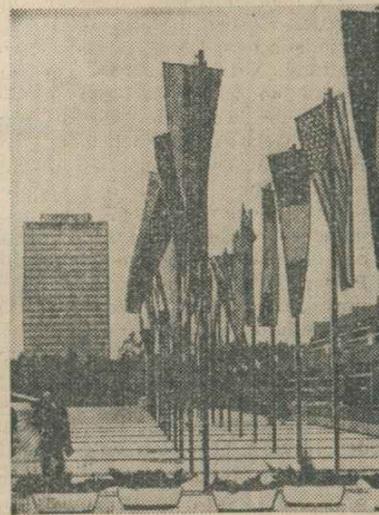
Diese Frage ist für Portugal sehr wesentlich, da fast zwei Millionen seiner Bürger Arbeit im Ausland suchen. Nicht weniger akut ist das auch für die Türkei und für Jugoslawien. In Belgrad war die Rede davon, daß es in Westeuropa jetzt nicht weniger als 13 Millionen „Gastarbeiter“ gibt. Die Delegierten des Belgrader Treffens verwiesen zu Recht auf die Schlußakte, die eine Gewährleistung der Rechte der Fremdarbeiter verlangt. Der Delegationsleiter der SFRJ, Pešić, sprach von einem gewissen diesbezüglichen Fortschritt, doch betonte er, daß bei einer Reihe ungelöster Probleme „die Lage noch ernster ist als früher“.

In Jugoslawien wird dieses Problem ständig diskutiert: Über eine Million Bürger sind auf Arbeitsuche ins Ausland gegangen, vor allem in die westeuropäischen Länder — die einen vorübergehend, die anderen für immer.

In letzter Zeit ist hier ein Roman von Miodrag Bulatović „Menschen mit vier Fingern“ populär. In ihm wird vom tragischen Schicksal der Jugoslawen berichtet, die in der Bundesrepublik in die Hände von Gangstern, Betrügern und — was noch schrecklicher ist — von Emigrantenorganisationen geraten sind, die von westlichen Geheimdiensten ausgehalten werden.

Und was tut sich in Amerika? Erst im August 1977 sprach der Abgeordnete Herman Badillo im US-Kongress von der Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter in den Vereinigten Staaten. Und dann kommt sein Kollege, Dante B. Fascell, der sich als Vorsitzender des „Ausschusses für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa“ bezeichnet, nach Belgrad und legt den Journalisten einen Report vor, in dem behauptet wird, daß die Schlußakte „bereits seit langem Norm oder Richtschnur in den meisten westlichen Ländern“ geworden sei! Als sowjetische Journalisten ihn fragten, warum er keine Worte für die himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen in den USA und anderen westlichen Ländern finde, antwortete er gereizt:



Die Flaggen der 35 Teilnehmerländer des Belgrader Treffens vor dem Sava-Palast.

Foto TASS

„Das ist mein Bericht, und ich schreibe in ihm das, was ich will...“

Positive Haltung

34 Länder entsandten Diplomaten- und Expertendelegationen nach Belgrad. Der US-Delegation gehören formell elf Senatoren und Repräsentantenhausmitglieder an. Doch nur einige von ihnen kamen nach Belgrad — und auch das nur für einen Tag, um mitzuteilen, sie würden später einmal wieder vorbeikommen...

Die leeren Sessel im Plenarsaal sind alles andere als erfreulich. Auch einige Erklärungen von US-Delegierten, die die Linie auf eine Entstellung der Vereinbarungen von Helsinki fortführen, wirken recht negativ.

Ende vergangener Woche demonstrierte der Leiter der US-Delegation Arthur Goldberg eine derartige Haltung, als er für die USA das Recht

auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, vor allem der sozialistischen Staaten, verlangte. Darauf erhielt er eine gebührende Antwort von der sowjetischen Delegation. „Versuche einer derartigen Einmischung“, sagte ihr Leiter, „sind juristisch unhaltbar und politisch sehr gefährlich.“

Doch trotzdem ist für Belgrad eine andere, positive und seriöse Haltung sehr viel typischer.

Als man mit der Diskussion des „dritten Korbes“ begann, zeigten die sozialistischen Länder eine solche Haltung. Natürlich hätten sie sich darauf konzentrieren können, was eine Reihe westlicher Länder entgegen Geist und Buchstaben von Helsinki tat. Die Delegierten aus den sozialistischen Ländern konnten ihren Kollegen aus dem Westen so manches vorwerfen. So erklärte z. B. der ungarische Delegationsleiter Petrán in der einleitenden Diskussion: „Die einfache Prozedur bei der Ausstellung ungarischer Visa ist gut bekannt. Leider verfahren einige westliche Länder bei unseren Bürgern noch nicht in gleicher Weise. Während ein ausländischer Tourist, der Ungarn besuchen will, ein Visum gleich an der Grenze oder am Budapester Flughafen bekommen kann, geht es ungarischen Bürgern in manchen westlichen Ländern und in den USA anders. Oft müssen sie einige Wochen lang auf ihr Visum warten, oder man macht seine Erteilung von Bedingungen abhängig, die mit der Schlußakte unvereinbar sind...“

Die Delegationen der sozialistischen Länder, u. a. der UdSSR, legten den Akzent nicht auf einzelne Tatsachen, sondern suchten eine umfassende Erörterung der Fragen des „dritten Korbes“. J. Woronzow betonte in seiner Rede, daß die Erweiterung und Vertiefung der humanitären Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn die Entspannung voranschreitet und gefestigt wird, wenn eine Atmosphäre des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Staaten und Völkern geschaffen wird. Deshalb müssen wir bei diesbezüglichen Vereinbarungen Sorgfalt walten lassen, da sie eine ausgewogene Interessenbalance aller Teilnehmerstaaten darstellen.

Eine ernsthafte Haltung haben die Delegierten der sozialistischen Länder bei der Erörterung der Menschenrechte gezeigt, als sie den Teil-

nehmern des Treffens von der realen Gewährleistung dieser Rechte im Sozialismus berichteten.

Weg mit den Spänen!

In diesen Wochen ist das Belgrader Treffen zu einer wichtigen Tribüne der positiven Erfahrungen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit geworden, und schon zeichnet sich ein beeindruckendes Bild der Zusammenarbeit in Europa ab.

Überwiegen etwa diese positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit nicht die noch bestehenden Unzulänglichkeiten, die westliche Propagandisten und Berufspessimisten auf jede Art und Weise auszuschlagen suchen?

Wenn man über die Entspannung und ihre Perspektiven ernsthaft spricht, dann muß man der Logik der Schlußakte folgen. Sie verlangt weitere Anstrengungen, um eine breite politische, wirtschaftliche und humanitäre Zusammenarbeit in Europa anzubahnen.

Dieser Tage unterbreitete die sowjetische Delegation als offizielles Dokument eine Aktionsplattform, um die militärische Entspannung in Europa zu konsolidieren. Diese Plattform legte Leonid Breshnew am 21. Oktober vor. Die Aktionsplattform sieht den Abschluß eines Vertrages vor, nicht als erste Kernwaffen gegeneinander einzusetzen, sowie eine Vereinbarung, die einander in Europa gegenüberstehenden Gruppierungen und Bündnisse nicht zu erweitern. Die Sowjetunion schlägt vor, sich darauf zu einigen, keine Manöver mit mehr als bestimmten Truppenkontingenten, z. B. 50 000—60 000 Mann, durchzuführen. Sie erachtet die konsequente Erfüllung aller Maßnahmen von Helsinki für notwendig.

Jetzt sind die Teilnehmer des Belgrader Treffens der Formulierung der allgemeinen Empfehlungen und Beschlüsse nahegekommen. Einer unserer Kollegen, der das Verhalten einiger westlicher Delegationen zu rechtfertigen suchte, sprach davon, daß, wo gehobelt wird, auch Späne fallen. Dieses Argument kann man nur dann akzeptieren, wenn die Teilnehmer des Belgrader Treffens die „Späne“ beiseite räumen und ernsthaft an den komplexen Aufbau des gesamten Entspannungsgebäudes gehen. Alle Voraussetzungen hierfür bestehen.

Belgrad, im Oktober

NZ

STREIFLICHTER

LIBYEN—ÄGYPTEN

Nach dem militärischen Konflikt vom Sommer d. J. normalisieren sich die Beziehungen zwischen Libyen und Ägypten allmählich. Wie die Kairoer Zeitung Al-Ahram am 19. Oktober schrieb, wurde die ägyptische Führung von der Genehmigung Libyens in Kenntnis gesetzt, das Verbindungsbüro der ARÄ in Bengasi wieder zu eröffnen. Die ägyptischen Behörden haben ihrerseits Libyen erlaubt, in seinem Verbindungsbüro in Alexandria wieder mit der Arbeit zu beginnen. Kurz zuvor hatte Libyen einer Wiederaufnahme des zivilen Luftverkehrs der ARÄ nach Libyen zugestimmt. Nach Meldungen von Nachrichtenagenturen ist auch der Land- und Seeverkehr zwischen beiden Ländern wieder in Gang.

Beobachter bewerten positiv die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden arabischen Ländern. Sie betonen, daß dies zur Festigung der Positionen der Araber in ihrem Kampf für eine gerechte Nahostregelung beiträgt.

KERNENERGIE

Kürzlich fand in Washington eine internationale Konferenz zu Problemen der Kernenergie statt. Ihre Teilnehmer aus etwa 40 Ländern diskutierten Möglichkeiten für eine Verringerung der Gefahr der Weitergabe von Kernwaffen und für eine friedliche Nutzung der Kernenergie.

US-Präsident James Carter verwies bei der Konferenzöffnung auf die wachsende Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen. Ferner betonte er den Fortschritt, der in letzter Zeit zwischen den USA und der UdSSR bei der Begrenzung der strategischen Rüstungen erzielt wurde.

Der sowjetische Delegationsleiter, der stellvertretende Vorsitzende des Staatslichen Komitees für Atomenergi Nutzung, Iwan Morosow, bewertete die Ergebnisse der Konferenzdiskussionen positiv, da die Delegierten darin übereinstimmten, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht zu einer Weiterverbreitung von Kernwaffen führen darf.

PALMIRO TOGLIATTI:

„DIE MACHT DER ENDLICH FREIEN WERKTÄTIGEN“

Gleich nach der Oktoberrevolution, der ersten siegreichen Revolution des Proletariats, war und ist noch jetzt die Einstellung zu den Revolutionserfahrungen, zum Leninismus und zu den Großtaten und Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus der Maßstab für die revolutionäre Zielsetzung jeder Partei, für ihre Fähigkeit, sie zu erkämpfen.

Palmiro Togliatti, ein begeisterter Kämpfer, einer von den Begründern der Italienischen Kommunistischen Partei, der viel für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Italien getan hat, kam immer wieder darauf zurück, daß dank dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse Rußlands und ihrem Sieg im Oktober 1917 ein grundsätzlich neues System gesellschaftlicher Beziehungen entstanden ist, in dem „sie die Macht ergreift, nicht um sich selbst, zum Schaden der übrigen Menschheit, Privilegien zu verschaffen, sondern um für alle Zeiten den Zuständen ein Ende zu machen, unter denen beliebige Privilegien, eine beliebige Unterdrückung, eine beliebige Ausbeutung eines Menschen durch den anderen möglich wird“. Weiter schrieb er: „Die Macht und der Staat, die nach der Oktoberrevolution entstanden, unterscheiden sich radikal von allen bisherigen und jetzt bestehenden — sie sind eine Macht und ein Staat der endlich nicht ausgebauten, endlich freien Werktäti- gen.“

Togliattis Kampf gegen den Faschismus, für sozialistische und demokratische Umgestaltungen in Italien und Europa, seine rastlose Tätigkeit in der Komintern zur Stärkung dieser führenden Organisation des Proletariats, zur Ausdehnung des Kreises ihrer Verbündeten, zur Konsolidierung der internationalen Verbundenheit der Kommunisten, ja aller demokratischen Kräfte bewirkten folgerichtig, daß er den Sinn der Erfahrungen aus der Oktoberrevolution noch gründlicher erfaßte.

Von den ersten Jahren seiner revolutionären Betätigung an verfocht und propagierte Togliatti die Ideen Lenins und die revolutionären Erfahrungen des russischen Proletariats. In der Oktoberrevolution sah



er die Wasserscheide nicht allein zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt, sondern auch „zwischen denen, die die revolutionären Aufgaben des jeweiligen Augenblicks erkennen, sie zu erfüllen suchen und für sie zu kämpfen imstande sind, und denen, die unter dem Einfluß der Bourgeoisie, ihrer Ideologie und ihrer Organisation, unter dem Einfluß der in den Dienst der Klassenfeinde getretenen Verräter an der sozialistischen Bewegung hinter den Geschehnissen einhertraben“.

Wir wollen es nur gleich sagen: Die Partei, für deren Gründung Gramsci und Togliatti kämpften, hat diese Wasserscheide nie überschritten. In der Geschichte der IKP gab es keinen einzigen Tag, an dem die italienischen Kommunisten, wenn sie sich ihre kritische Einstellung zu verschiedenen Erfahrungen der einen oder anderen Parteien auch bewahrten, die weltgeschichtliche Bedeutung der „Revolution der Gleichheit“ gelegen hätten, die — wie der IKP-Generalsekretär Berlinguer im September d. J. auf der Schlußkundgebung der **Unitá** in Modena sagte — unendliche Menschenmassen befreite und riesige Energien freisetzte, dank denen die großen wirtschaftlichen, sozialen, staatsbürgerlichen und kulturellen Leistungen möglich waren.

Eine Aufgabe, die Togliatti im Kampf gegen den Faschismus stellte, die, nämlich, den Kampf um die Massen und um die Massenorganisationen der Werktägigen möglichst breit

zu entfalten, hing unmittelbar mit den Erfahrungen der Bolschewiki in Rußland zusammen. „Seid ihr auch eng genug mit den Massen der werktägigen Jugend verbunden, aus der der deutsche Faschismus Kanonenfutter machen will?“ fragte er die Genossen von der KPD und wies sie auf das Vorbild der Bolschewiki hin, „die die Niederlage der Bourgeoisie und die Zersetzung der zaristischen Armee nur deshalb in den Sieg der Revolution ummünzen konnten, weil sie mit den Soldaten- und Volksmassen verbunden waren, weil ihre politische Linie dem Streben dieser Massen entsprach“.

Dank dem Sieg der Sozialistischen Oktoberrevolution, der Niederwerfung des Faschismus und der Errichtung des Sozialismus in mehreren Ländern Europas und Asiens entstanden in der Welt neue Verhältnisse, die die Besonderheit des Kampfes der verschiedenen kommunistischen Parteien für den Sozialismus in ihren Ländern bestimmen.

In Togliattis Werken nehmen die Fragen, die den besonderen Weg Italiens zum Sozialismus betreffen, bedeutenden Raum ein. Togliatti war sich darüber klar, daß die Weltlage nach dem zweiten Weltkrieg infolge der radikal veränderten weltpolitischen Frontenziehung das Vorrückskommen zum Sozialismus einerseits erleichterte, daß die neue Situation aber andererseits charakterisiert wird durch eine zunehmende Aggressivität des Weltimperialismus, durch die Gefahr eines Exports der Konterrevolution und dadurch, daß breite werktägige Massen und die Mittelschichten vieler Länder „auf eine direkte Machtübernahme durch die KP“ relativ unvorbereitet sind.

Deshalb sah der strategische Plan für eine sozialistische Umgestaltung Italiens, den Togliatti gleich nach Kriegsende aufstellte, eine so geartete Tätigkeit der Kommunistischen Partei vor, die das Kräfteverhältnis zugunsten der Partei der Arbeiterklasse verändern, zugleich aber die Möglichkeit bieten sollte, durch eine verhältnismäßig friedliche demokratische und parlamentarische Tätigkeit die Mehrheit der Werktägigen-

und der Volksmassen zu gewinnen. Togliatti schrieb: „Wir mußten es verstehen, ein System der Gewerkschaften und der Zusammenarbeit aufzubauen, ähnlich wie es im Kriege bestand, bloß auf anderer Grundlage, nämlich auf der Basis des Aufbaus eines demokratischen Staates und der Vornahme der Reformen, die zum Vorwärtskommen auf dem Weg zum Sozialismus notwendig sind.“

Bezeichnend war der Kampf der IKP von 1946 und 1947 dafür, daß die neue Verfassung angenommen wird und ein Programm der Verpflichtungen enthält, die die Republik übernehmen sollte. Sie setzte die Aufnahme wichtiger Forderungen des Volkes wie die Bodenreform, die Verstaatlichung der Großmonopole und das Recht auf Arbeit durch. Togliatti schrieb später darüber: „Wir machten uns keine Illusionen..., es genüge, Forderungen und radikale Reformen in die Verfassung aufzunehmen... Wir wußten: Solange die kapitalistischen herrschenden Klassen und ihre Parteien an der Macht sind, können die in der Verfassung niedergelegten Prinzipien und Reformen nur unter dem Druck einer machtvollen Bewegung der werktätigen Massen verwirklicht werden.“

In Anbetracht der Lage in Italien, seiner geschichtlichen Traditionen und der politischen Erfahrungen, die die Massen Italiens, besonders im Kampf gegen den Faschismus, gesammelt hatten, begründete Togliatti die Möglichkeit „anderer Formen der proletarischen Demokratie, anderer Entwicklungstempes der sozialistischen Wirtschaft, einer anderen Art und Spannweite des Bündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten von Stadt und Land“.

Zugleich wies Togliatti aber stets auf die Notwendigkeit hin, sich an die von Lenin fortentwickelten und durch die Erfahrungen im revolutionären Kampf bestätigten theoretischen Hauptprinzipien des Marxismus zu halten. Welche sind das?

In erster Linie die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse zwecks Sturzes des Kapitalismus und Vollendung des sozialistischen Aufbaus. Über die internationale Bedeutung der Erfahrungen der UdSSR beim sozialistischen Aufbau sagte Togliatti: „Die Arbeiterklasse mußte zuallererst die Macht erringen, sie fest in der Hand haben und sie um jeden Preis gegen alle Feinde verteidigen.“ Zweitens bestätigten diese Erfahrungen, daß die breiten Massen der Bauernschaft, die Mittel-

schichten von Stadt und Land um die Arbeiterklasse geschart werden müssen. Und schließlich wird die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Boden des Bündnisses mit diesen Massen unter Gewährleistung der führenden Rolle der Arbeiterklasse durch eine allmähliche sozialistische Umbildung der Produktionsverhältnisse in Stadt und Land zu Ende geführt.

In der Auffassung Togliattis davon, wie die Gesellschaft Italiens dem Sozialismus entgegengehen wird, nimmt die Frage der Demokratie einen wichtigen Platz ein. Er geht von Lenins These aus, daß es Demokratie ohne Sozialismus ebensowenig wie Sozialismus ohne Demokratie geben kann. „Die Verwirklichung des Sozialismus“, schrieb Togliatti, „rettet die Demokratie, entwickelt sie fort und verwandelt sie erstmalig in eine wirkliche Freiheit und Gleichheit für alle Menschen und alle Völker.“ Besonders wichtig sei diese Frage für die Werkstätigen der kapitalistischen Länder, wo die Demokratie, wenn auch in gestutzter Form, doch weitgehend von den Kommunisten, von allen demokratischen Kräften erkämpft worden sei.

Togliatti kannte den grundsätzlichen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie genau. Er schrieb: „Zwar war und bleibt die bürgerliche Demokratie ein Fortschritt gegenüber einer anderen, weniger fortschrittlichen politischen Ordnung, demokratisch... kann man aber eine Ordnung nicht nennen, die die Arbeiterklasse und die Werkstätigen mit fortschrittlichen sozialen Anschauungen von der Bestimmung über gesellschaftliche Angelegenheiten fernhält.“ Die sozialistische Demokratie dagegen bedeute „eine soziale und politische Ordnung, in der für alle gleiche Freiheiten bestehen, die Macht in den Händen aller liegt und alle ausschließlich von ihrer Arbeit leben“. Für die Herstellung einer solchen Demokratie sei zweierlei Voraussetzung: daß die ökonomische Grundlage der Gesellschaft geändert und daß eine stete wirtschaftliche Entwicklung gesichert wird.

In Theorie und Praxis legte Togliatti ganz besonderes Gewicht darauf, daß die Kommunisten in engem Zusammenhang mit der Wahrung der nationalen Interessen ihrer Länder ihre Beisteuer zur internationalen revolutionären Arbeiterbewegung leisten. Dieser Gedanke Togliattis ist in höchstem Grade dialektisch. Er sah die Vielfalt und Einheit

der Bewegung in engem Zusammenhang. Er war sich völlig darüber im klaren, daß mit zunehmender Stärke der revolutionären Arbeiterbewegung und mit ihrem wachsenden Einfluß auf alle nichtproletarischen Schichten in der Politik der Kommunisten die spezifisch nationalen Faktoren immer mehr berücksichtigt werden müssen. Das führt zu einer immer größeren Vielfalt der Methoden des revolutionären Kampfes, mache es zugleich aber auch erforderlich, noch wirksamere Kampfformen und -mittel zu finden, um die internationale Einheit herzustellen.

„In der Tat“, schrieb Togliatti, „es gibt allgemeine Kampfaufgaben, Aktionsrichtungen und -perspektiven, die mit dem Charakter der geschichtlichen Epoche, in der wir leben, eng verbunden sind: Sie müssen der ganzen Arbeiterbewegung und allen kommunistischen Parteien gemeinsam sein, denn sonst kämen wir von der Autonomie zu Chaos und Ratlosigkeit.“

Togliatti erkannte die Gefahr, daß jede Partei, die sich abkapselt, in tiefem Provinzialismus versackt. Die Abschwächung des internationalistischen Geistes, das Nichtverstehen oder Unterschätzen der unmittelbar mit der weltpolitischen Lage, mit dem Kampf gegen den Imperialismus, für friedliche Koexistenz und Frieden zusammenhängenden Agitations- und Kampfaufgaben — das seien die größten Gefahren für die Partei, wenn sie ihre internationalen Aufgaben vergesse. Togliatti schrieb: „Wir kämpfen gegen diese Gefahr an, und wir können ihr aus dem Wege gehen, wenn wir jede einzelne Partei mehr in internationalistischem Geiste erziehen und zugleich ihre Kontakte mit den anderen Parteien mehren, wenn wir ihre Arbeitsverhältnisse, ihre Erfolge und Mißerfolge scharf ins Auge fassen und auf dieser Basis einen Erfahrungsaustausch pflegen.“

Togliattis Ideen leben auch heute. Sie kommen im Internationalismus der IKP zum Ausdruck, der, wie Beringer auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas feststellte, bedeutet, „sich als Beteiligter und Lenker der Geschehnisse im Land und in der Welt, der ganzen Bewegung der Werkstätigen und der Völker zu fühlen, die kämpfen für ihre soziale und politische Befreiung und nationale Unabhängigkeit, für Frieden und Fortschritt der ganzen Menschheit“.

G. SMIRNOW

IN NEUEN BAHNEN

Von einem britischen Journalisten stammt der Satz: „Die Vergangenheit ist noch immer gegenwärtig. Tatsächlich ist sie sehr wichtig für ein echtes Verständnis des heutigen Algerien.“ Die jetzigen fortschrittlichen Umgestaltungen im Lande wurzeln in der algerischen Revolution, die vor 23 Jahren, in der Nacht zum 1. November 1954, eingeleitet wurde.

Im ökonomischen Wachstumstempo steht Algerien mit an erster Stelle unter den Entwicklungsländern. Das Brutto-nationalprodukt erhöhte sich allein im

Vorjahr um etwa 11%. Auf dem Land finden Umgestaltungen im Rahmen der 1971 begonnenen sogenannten Agrarrevolution statt. Unter Einsatz der modernsten wissenschaftlich-technischen Leistungen wird eine feste industrielle Basis geschaffen. Die entscheidende Rolle in der Wirtschaft kommt dem staatlichen Sektor zu, der gegenwärtig einen Anteil von über 90% am Nationalprodukt hat.

Die Ziele der algerischen Revolution erfuhrn ihre Weiterentwicklung in der im Juli 1976 beschlossenen Nationalcharta und wurden danach in der neuen Verfassung verankert, die das Volk im November v. J. billigte. Diese Doku-

mente legen als strategischen Entwicklungskurs der Volksrepublik Algerien den sozialistischen Orientierungsweg fest.

Für diesen Kurs haben sich die Algerier während der Ende vergangenen und Anfang dieses Jahres abgehaltenen Präsidentschaftswahlen und der Wahlen zur Nationalversammlung ausgesprochen.

Natürlich ließen sich in der relativ kurzen Zeit der unabhängigen Entwicklung nicht alle Probleme lösen. Anfang Oktober rief Präsident Boumediene dazu auf, entschieden negative Erscheinungen zu bekämpfen, die den weiteren Fortschritt des Landes hemmen. Er erklärte: „Die Revolution geht weiter.“

Die Leistungen beim Aufbau einer neuen Gesellschaft haben Algerien hohes internationales Ansehen verschafft. Die Republik beteiligt sich aktiv an der Bewegung der Blockfreien und steht an der Seite derer, die gegen Imperialismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen.

Erfolgreich entwickeln sich die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Algerien, deren Entstehung auf die algerische Revolution zurückgeht. Die Erfahrungen der verstärkten vielseitigen Zusammenarbeit und der freundschaftlichen Kontakte zeigen, daß diese den Interessen der Völker unserer beiden Länder entsprechen und einen weiteren Fortschritt Algeriens auf dem Weg der progressiven Umgestaltungen fördern.

J. TJUNKOW

VOM BILDSCHIRM HABEN WIR'S GELERNT

In Miami drangen der 15jährige Ronney Zamora und sein Freund in ein Nachbarhaus ein, um Geld zu ergattern. Als sie von der 82jährigen Hausbesitzerin erwischen wurden, schossen sie sie nieder. Den Abzug drückte Zamora. Doch nicht diese Tatumstände fanden ungewöhnliche Aufmerksamkeit.

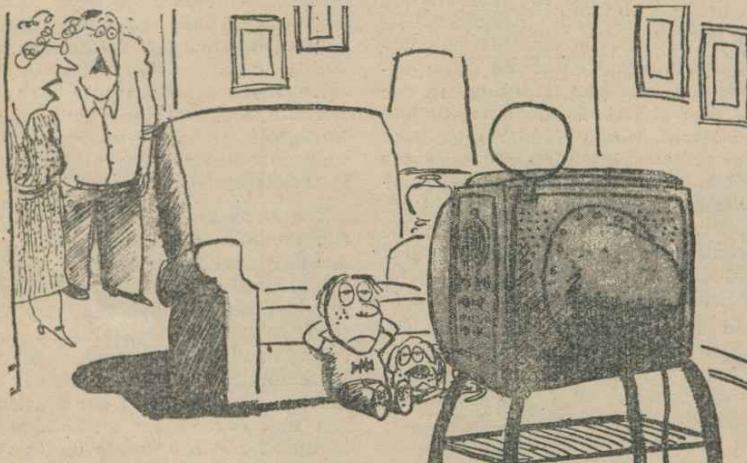
Ungewöhnlich und unerwartet für die US-Richter war die Haltung, die Verteidiger Ellis Rubin einnahm.

Er sagte, der Durchschnittsamerikaner sehe bis zu seinem 18. Lebensjahr 18 000 TV-Morde, und verlangte, die Fernsehgesellschaft vor Gericht zu stellen. „Wenn Sie und

ich von einem 30-Sekunden-Werbespot zum Kauf bewegt werden können, dann hat er (Zamora) Stundenwerbespots für Mörder Tausende Male in sich aufgenommen. Das Fernsehen macht Gewalt akzeptabel. Ihr Urteil könnte den Tag bringen, dem ein Ende zu setzen“, sagte er vor den Geschworenen.

Doch für den Prozeß gegen das Fernsehen fanden sich, wie es hieß, nicht die nötigen Beweisgründe.

Am 13. Oktober ermordete in einem Vorort von Baltimore ein 16jähriger zwei Mädchen. Die Polizei ist dabei, die Motive für das Verbrechen zu ermitteln... J. G.



„Ich habe dir ja gesagt, daß die TV-Programme unserem Jungen schaden. Er ist immer noch nicht zu sich gekommen, obwohl ich den Kasten schon vor 20 Minuten ausgeknipst habe!“ Karikatur aus „U.S. News & World Report“

DIE ERSTE SCHLACHT IST GEWONNEN

Am 23. Oktober äußerte sich das Volk von Panama in einem Referendum zu den kürzlich mit den USA unterzeichneten neuen Verträgen über den Panama-Kanal. Bereits vorläufige Ergebnisse des Referendums haben gezeigt, daß die meisten Bewohner die Regierung General Torrijos in ihren Bemühungen unterstützen, die koloniale Enklave in Panama zu beseitigen. Die Panameer bekräftigten entschlossen ihren unbeugsamen Willen, die nationale Souveränität über das gesamte Territorium der Republik wiederherzustellen.

Während der Vorbereitungen zum Referendum sprachen sich viele Tausende Bewohner des Landes, die unter-

schiedlichsten Organisationen und sozialen Schichten für die Verträge aus. Die gleiche Haltung nahm auch die Partei des Volkes — die kommunistische Partei — ein, die eine intensive Kampagne für die Ratifizierung der Verträge betrieb. In einer Erklärung dieser Partei zu den Dokumenten hieß es, sie rückten den Tag näher, da die Kolonie der USA auf panamaischem Boden beseitigt werde. Außerdem brachten sie den Kampf für die völlige nationale Befreiung Panamas um einen wichtigen Schritt voran.

Die Reaktion und alle möglichen extrem linken Gruppierungen dagegen schleuderten eine Lawine der Kritik gegen die neuen Verträge. In ihre Haupfschußlinie geriet die zunehmende Einheit der Volksmassen, der Streitkräfte und der Führung des Landes.

Ein „Argument“ der Ratifizierungsgegner war deren Behauptung, in den Verträgen gebe es nichts Neues und sie enthielten viele Zugeständnisse an die amerikanische Seite. Die Staatsmänner Panamas haben es niemals verheimlicht, daß die unterzeichneten Dokumente keineswegs allen Wünschen der Panameer gerecht werden. Staatspräsident Torrijos sagte z. B. in einem Interview für U. S. News & World Report: „Sie sind nicht die besten Verträge, sind nicht das, was die Panameer erträumt hatten. Aber in dem gegebenen Augenblick sind sie die beste Variante, das beste Geschäft, die beste Antwort.“

Das Volk von Panama hat die Situation sehr gut erkannt und sich weder von den tönen Phrasen der Linksextremen noch von „patriotischen“ Parolen der Rechten verwirren lassen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen Panama—USA sowie der unterzeichneten Verträge ist die etappenweise Wiederherstellung der Jurisdiktion Panamas über sein gesamtes Territorium und die allmähliche Unterstellung des Panama-Kanals unter nationale Kontrolle.

Gewisse Zugeständnisse Panamas schmäleren keinesfalls die Bedeutung des Erreichten. Seit 1964 führte das 1,7-Millionen-Volk Verhandlungen mit dem mächtigsten Staat der westlichen Halbkugel. Es fiel auf keine Provokationen herein und bestand alle Prüfungen. Es hat die erste Schlacht gewonnen und wird seinen gerechten Kampf fortsetzen.

R. SANIN

GEHEIMNISSE UND LÜGE GLEICH POLITIK?

Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen. Das ist eine alte Weisheit, dennoch aber spinnt die imperialistische Politik weiter „fein“.

Insgesamt wurde das Indochina-Abenteuer des Pentagon ausgebrütet. Insgesamt reiste die Verschwörung gegen die rechtmäßige Regierung Chiles. Und auch heute gehen vor uns aller Augen, in Afrika, in Nahost, in Lateinamerika, Europa und Asien Dinge vor, die, wie Lenin schrieb, von einem winzigen Häuflein von Kapitalisten entschieden werden.

Unter dem Mantel des Schweigens wird in verschiedenen Teilen der Welt versucht, Spannungssherde zu schaffen, werden Intrigen gesponnen, die für den Weltfrieden äußerst gefährlich sind. Das alles hat das eine Ziel, die wirtschaftlichen und strategischen Interessen und die Privilegien zu sichern sowie die Völker vor der einen oder anderen Form der Unabhängigkeit zu „bewahren“.

Solchen „Geheimnissen“ ist die Lüge immer ein guter Begleiter: Erinnern wir uns an die US-Aggression in Vietnam. Wie hatte das Weiße Haus nach allen Regeln der Kunst versichert, die US-Luftwaffe habe es ausschließlich auf „Stahl und Beton“ abgesehen.

Die über Vietnam abgeworfene Bombenlast überstieg jene, die während des gesamten zweiten Weltkriegs auf Europa niederging. Die US-Luftwaffe, deren Devise „Frieden ist unser Beruf“ heißt, machte jedoch weniger auf militärische Objekte als vielmehr auf Menschen Jagd. Sie lösche mit Kugeln und Napalm das Leben friedlicher Bürger aus. Die amerikanische Propaganda aber verbreitete die offizielle Version: „Wir bombardieren Stahl und Beton.“ Was könnte humaner sein?

Die „Humanität“ wurde auch 1977 nicht vergessen. Gegenwärtig will Washington die Neutronenbombe einführen, die, wie ein westlicher Experte „vereinfachte“, den Menschen bloß auflöst. Dafür läßt sie „Stahl und Beton“ heil.

Und wieder die schöne, beruhigende Lüge: Was könnte humaner sein? Geheimnis und Lüge bilden auch in der amerikanischen Chile-Politik ein verschlungenes Netz. Die Verschwörung gegen die rechtmäßige Regierung Allende wurde von CIA-Agenten vorbereitet, das Pentagon hatte seine Finger ebenfalls im Spiele, und die Gesellschaften gaben den Putschisten die nötigen Finanzen. Das Weiße Haus hätte das Geheimnis zu gerne gehütet und dementierte hartnäckig alle eindeutigen Tatsachen. Als es letzten Endes die Einmischung der Geheimdienste eingestehen mußte, blieb es doch stur bei der Lüge, die Administration habe nie nichts davon gewußt. Doch weder Lüge noch Geheimnistuerei konnten die wahren Urheber des Staatsstreichs verbergen.

Anfang August wurde ein geheimes Abkommen zwischen der bundesdeutschen OTTRAG und Zaire bekannt. Die Zeitschrift *Afrique Asie* veröffentlichte die Meldung über das Geschäft mit dieser Firma, die sich auf die Herstellung von Trägerraketen spezialisiert, und stellte die Frage, ob vielleicht jemand vorhabe, dieses Gebiet zum Mittelpunkt der Destabilisierung fortschrittlicher afrikanischer Regimes zu machen.

Zu einem weiteren derartigen Mittelpunkt sollte, so dachten es sich die Rassisten und die sie unterstützenden westlichen Politiker, die Republik Südafrika werden. Still und leise wurden dort Vorbereitungen für Kernwaffentests getroffen. Ohne geheime Lieferungen von Nuklearanlagen der USA, der BRD und Frankreichs an die RSA wäre es dem Apartheidregime nicht gelungen, ein „sekretes Arsenal“ in der Kalahari zu schaffen.

In der Weltöffentlichkeit denkt man befriedigt an die sowjetische TASS-Erklärung, die die geheimen aggressiven Pläne der RSA enthüllte. Die Mitteilung, das Apartheid-Regime könne jeden Augenblick einen Kernwaffentest durchführen, hat die Öffentlichkeit mobilisiert. Das mußten einige westliche Regierungen in Rechnung ziehen, die nun in Pretoria vorstellig wurden. Das Signal hatte genutzt. Das Geheimnis war keines mehr. Die Welt konnte sich wieder einmal überzeugen: Die rechtzeitig ans Licht gebrachte Wahrheit ist ein sehr viel wirksameres Mittel als die mit Lügen verbrämten „Geheimnisse“ der imperialistischen Politik.

Ja, alles kommt ans Licht der Sonnen. Doch das heißt nicht, daß man ruhig abwarten sollte, bis das geschieht. Das Netzwerk der imperialistischen Politik zu erkennen und rechtzeitig zu zerschneiden sowie seine geheimen Webfäden sichtbar zu machen, ist die Pflicht aller, die wahrhaft an einer dauerhaften Entspannung und an der Erhaltung des Friedens interessiert sind.

Viktor GRIBATSCHOW

UNSER ANSPORN

Petr TANTSCHEW

BZNS-Sekretär, Erster Vizevorsitzender des VRB-Staatsrats

Gemeinsam mit den Kommunisten, den Werktagen unseres Landes begehen die Mitglieder des Bulgarischen Bauernvolksbundes (BZNS) den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit größter Bewunderung für die russischen Arbeiter und Bauern, die, von der Partei Lenins geführt, die Macht ergriffen, und mit dem festen Glauben an die humane Mission des Sowjetstaates, der der Menschheit den Weg zum Triumph der Ideale der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern bahnt.

Dieser feste Glaube an die historische Mission der UdSSR erwachte bei den Mitgliedern unseres Bundes schon in den ersten Tagen der Revolution in Rußland. Er war die einzige nichtmarxistische Bauernpartei der Welt, die den Sieg der Oktoberrevolution schon damals begrüßte. Sein Führer, Alexander Stambolijski, hat die Einstellung des BZNS zur Oktoberrevolution besonders klar umrissen, er schrieb: „Das großartigste Ereignis dieser Zeit ist die russische Revolution. Momentan hat sie der Welt doppelten Nutzen gebracht: Sie hat einerseits den furchtbaren Zarismus gestürzt, der den Fortschritt der ganzen Menschheit gefährdete, und hat andererseits die Frage des Friedens zur Entscheidung gebracht.“

Unter dem Einfluß des revolutionären Geschehens in Rußland kam es in Bulgarien im September 1918 zu einem Soldatenaufstand. Stambolijski und Daskalow, die Leiter des BZNS, übernahmen sofort die Führung. Am 27. September 1918 wurde die Republik von Radomir ausgerufen.

Lenin war von dem Soldatenaufstand einer hohen Meinung. Er schrieb darüber: „Nehmen wir Bulgarien. Man sollte meinen, daß ein Land wie Bulgarien doch einem Koloss, wie es der englisch-amerikanische Imperialismus ist, kaum gefährlich sein konnte. Jedoch hat die Revolution in diesem kleinen, schwachen, vollkommen hilflosen Lande bewirkt, daß die Engländer und die Amerikaner den Kopf verloren haben und Waffenstillstandsbedingungen diktieren, die einer Okkupation Bulgariens gleichkommen. Jetzt sind dort, wo die Bauernrepublik ausge-

rufen wurde, in Sofia, an diesem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt, sämtliche Bahnlinien von englisch-amerikanischen Truppen besetzt. Sie müssen in diesem kleinen Lande gegen die Bauernrepublik kämpfen. Vom militärischen Standpunkt aus gesehen ist das eine Lappalie. Leute, die auf dem Standpunkt der Bourgeoisie, der alten herrschenden Klasse, der alten Militärverhältnisse stehen, haben dafür nur ein verächtliches Lächeln. Was ist schon... Bulgarien... gemessen an den englisch-amerikanischen Kräften? Vom militärischen Standpunkt ein Nichts, vom revolutionären Standpunkt aus aber sehr viel.“

Die Ideen der Großen Oktoberrevolution wirkten sich stark darauf aus, daß sich der BZNS als fortschrittliche, demokratische Bauernpartei entwickelt hat.

Die Regierung Stambolijski, die im Frühjahr 1920 zur Macht kam, nahm einige politische, wirtschaftliche und kulturelle Reformen vor, die die Ausbeutung der Werktagen einschränkten, sich gegen die Reaktion richteten und die Demokratie schützten. Mit Unterstützung der BKP löste die BZNS-Regierung die in Bulgarien stehenden weißgardistischen Truppenteile Baron Wrangels auf, die zu konterrevolutionären Aktionen gegen Sowjetrußland rüsteten. Sie erklärte sich mit der von den Kommunisten eingeleiteten Hilfe für die Opfer der Hungersnot einverstanden, die infolge einer langwierigen Dürre an der Wolga ausgebrochen waren.

Während der Konferenz von Genua (1922) kamen die von Stambolijski geführte bulgarische und die von Tschitscherin geführte sowjetische Delegation grundsätzlich überein, zwischen den beiden Ländern diplomatische Beziehungen anzubauen.

Georgi Dimitroff schrieb: „Das Verdienst Alexander Stambolijskis, eines echten demokratischen Republikaners und unerschrockenen Kämpfers für die Wahrheit des Volkes, bestand vor allem darin, als erster ernsthaft den Versuch gemacht zu haben, die volksfeindliche Innen- und Außenpolitik der um die Coburger Dynastie gescharten Großkapitalisten- und Schieberclique zu ändern und die bulgarische Politik im Interesse des Volkes und einer



hellen Zukunft unserer Heimat einen neuen, demokratischen Weg zu führen.“

Es muß aber gesagt werden, daß die BZNS-Regierung das Großkapital nicht von den Schlüsselstellungen abdrängte und der Reaktion nicht die wichtigsten ökonomischen und politischen Hebel aus der Hand schlug. Sie verstaatlichte weder die Banken noch die Fabriken, hob die monarchistischen Institutionen nicht auf und ließ — was das Schlimmste ist — die Armee in den Händen reaktionärer Offiziere.

Am 9. Juni 1923 vollführten die monarchisch-faschistischen Kreise, nachdem sie sich des Beistands vom Westen versichert hatten, einen konterrevolutionären Umsturz. In einer Nacht wurde die Regierung Stambolijski gestürzt und die faschistische Diktatur aufgerichtet.

Wie konnte die Reaktion den Umsturz zu einem Zeitpunkt vollführen, als der BZNS an der Macht war, hinter dem die Werktagen standen und der in der Volksversammlung eine absolute Majorität hatte? Wie konnte die Reaktion die Oberhand gewinnen, wo doch die BKP bestand, eine Partei mit revolutionären Traditionen und kampffähigen, dem Volk treu ergebenen Kräften?

„Die Antwort auf diese entscheidende Frage war klar und einfach wie das Leben selbst“, betonte Todor Shiwkow. „Die reaktionären Kräfte wagten diesen Schritt und hatten Erfolg, weil die Fortschrittskräfte zersplittert waren.“

Die tragischen Geschehnisse vom 9. Juni 1923 waren dem BZNS eine Lehre. Wieder war die dringende Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen den Kommunisten und dem BZNS eindeutig unter Beweis gestellt. Die historische Lehre, die uns

das Leben erteilte, lautete: Immer mit der uns brüderlich gesinnten BKP!

Die Einheit der BKP und des BZNS, die unter dem Einfluß der Oktoberrevolution zustande kam, war einer der wichtigsten Faktoren beim Zusammenschluß der Volkskräfte, eine scharfe politische Waffe in den Klassengefechten des bulgarischen Volks zur Zeit des antifaschistischen Kampfes.

Zusammen mit der BKP brandmarkte der BZNS mutig die volksfeindliche Politik des faschistischen Regimes in Bulgarien, kämpfte er gegen die Einpeitscher des zweiten Weltkriegs und förderte nach Kräften die Volksbewegung für die Annahme des sowjetischen Angebots, einen bulgarisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspakt zu schließen; beteiligte er sich aktiv an der Gründung der ersten bulgarisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaften und machte eifrig Propaganda für die sozialistischen Erungenschaften der UdSSR.

Als die Nazis in der Sowjetunion einfielen, schalteten sich die dem Volk ergebenen BZNS-Mitglieder, dem Ruf der BKP und dem Gebot ihrer Herzen folgend, in den Kampf für unsere gemeinsame Sache ein.

Die Revolution vom 9. September 1944 krönte den 20jährigen heroischen Kampf des bulgarischen Volkes gegen den Monarchofaschismus. Die Befreiung Bulgariens durch die Sowjetarmee bot günstige Voraussetzungen für den Sieg des bewaffneten Aufstands. Diese Tat der Sowjetarmee werden die Werktätigen unseres Landes nie vergessen.

Wir Bulgaren sehen die Revolution vom 9. September in ihren wichtigsten Zügen mit Recht als Fortsetzung der Oktoberrevolution an. In der jahrhundertenalten Geschichte Bulgariens ist eine neue Epoche angebrochen: die Epoche des Sozialismus. Unsere Revolution war von Anfang an sozialistisch. Die am 9. September errichtete Macht ist die Macht der mit den werktätigen Bauern und mit der Volksintelligenz verbündeten Arbeiterklasse.

Nach dem 9. September gelangte die ideologische Entwicklung des BZNS zum Abschluß, er erklärte den sozialistischen Aufbau zu seinem vornehmsten Ziel und anerkannte die führende Rolle der BKP.

Für Bulgarien folgen Jahre eines grandiosen Aufbaus. Unser Volk löste die Probleme beim sozialistischen Aufbau unter Auswertung der Erfahrungen aus der Oktoberrevolu-

tion. Heute ist Bulgarien ein entwickelter sozialistischer Staat von hohem internationalem Ansehen.

Stolz können wir sagen, daß das vorjährige Nationaleinkommen neunmal so hoch wie das vor dem Kriege war und daß unsere Industrie — ebenfalls voriges Jahr — 60mal soviel wie 1939 erzeugte.

Bulgarien war nach der UdSSR das zweite Land, das die Landwirtschaft nach Lenins Genossenschaftsplan sozialistisch umgestaltete. Jetzt sind kaum 30% der Arbeitskräfte in ihr beschäftigt, sie erzeugt aber gut 2,5mal soviel wie vor dem Kriege, als 82% der arbeitsfähigen Bevölkerung in ihr beschäftigt waren.

Spricht man von der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens, so muß man betonen, wieviel der brüderliche Beistand der UdSSR dazu beigetragen hat. In verschiedenen Branchen unserer Wirtschaft sind mit sowjetischer Unterstützung 300 Objekte entweder gebaut worden oder im Entstehen. Die mit Hilfe der UdSSR gebauten Betriebe liefern 80% aller Industrieerzeugnisse.

Ein neuer Impuls für die allseitige Entwicklung Bulgariens waren die Beschlüsse des Plenums des ZK der BKP vom April 1956. Seit dem historischen Plenum ist die Aktionseinheit der BKP und des BZNS besonders eindringlich zutage getreten. Gerade in diesem Zeitraum hat unser Zusammenwirken die reichsten Früchte getragen.

Todor Shikow hat die Politik der Partei ihrem Verbündeten gegenüber unter den neuen geschichtlichen Verhältnissen fortentwickelt und bereichert. Gestützt auf Lenins Lehre vom Arbeiter- und Bauernbündnis, hat er die Rolle des BZNS im jetzigen Stadium des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft sowie die Notwendigkeit theoretisch begründet, daß der BZNS eine größere Rolle spielen muß. Diese Fragestellung war grundsätzlich neu, und nach ihr zu handeln, ist auch von internationaler Bedeutung.

Die mehr als 50jährige Erfahrung aus der Zusammenarbeit des BZNS mit der BKP zeigt, daß eine demokratische Bauernpartei nur in enger, brüderlicher Einheit mit der Partei der Arbeiterklasse dazu beitragen kann, das Streben der Bauern nach einem Dasein in Wohlstand und Glück zu verwirklichen; daß nur der Sozialismus dazu angetan ist, die schwierige Agrarfrage zu lösen und die Bauern zu unumschränkten Herren über den Grund und Boden zu machen.

Im Sozialismus und in engem Kontakt mit der BKP hat der BZNS ein internationales Ansehen erworben, wie es in den mehr als 75 Jahren seines Bestehens noch nie hatte.

Er gehört zur Avantgarde der internationalen demokratischen Agranarbewegung, die sich einreihen in den allgemeinen Kampf für einen festen Frieden und für die Erhöhung der Politik friedlicher Koexistenz von Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung. Besonders setzt er sich für die gerechte Lösung der Agrarprobleme ein, hat Verbindung mit 90 demokratischen Bauernparteien und -organisationen und trägt zum Zusammenschluß breiter Bauernschichten in einer einzigen antiimperialistischen Front bei.

Die Anfang Dezember v. J. in Sofia abgehaltene Internationale Konferenz unter Teilnahme von mehr als 80 Bauernparteien und -organisationen hatte nicht ihresgleichen und hat gezeigt, daß die Millionenmassen der Bauernschaft die Politik der internationalen Entspannung, der Freundschaft und Zusammenarbeit unter den Völkern energisch unterstützen.

Die geschichtlich bedeutenden Leistungen der UdSSR beim sozialistischen Aufbau sind ein Ansporn für die Werktätigen Bulgariens, die die Beschlüsse des XI. BKP-Parteitags mit Erfolg erfüllen. Die bulgarisch-sowjetische Freundschaft ist zu einer großen materiellen Gewalt geworden, die die Entwicklung der VRB beschleunigt. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern haben jetzt ein höheres Niveau erreicht, auf dem sich die VR Bulgarien und die UdSSR einander in jeder Beziehung annähern.

Der diesjährige offizielle Freundschaftsbesuch einer bulgarischen Partei- und Regierungsdelegation in der UdSSR und die Ergebnisse der Moskauer Gespräche bieten gute Aussichten auf einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit.

Bei diesen Aussprachen äußerten sich Leonid Breschnew und Todor Shikow höchst anerkennend über die Rolle des BZNS als getreuen Verbündeten der BKP beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Für uns vom BZNS wie für unser ganzes Volk war und bleibt die bulgarisch-sowjetische Freundschaft ein kostbares nationales und internationales Gut, eine Quelle der Kraft im Hinwirken darauf, daß unsere Heimat prächtiger gedeiht.

AUF NEUEN WEGEN

Juri ANTOSCHIN

Ende September wurde das Bestehen einer Kommunistischen Partei Kampuchea offiziell bekanntgegeben. Die Revolutionäre Organisation, wie sie sich nannte, nachdem das Land 1975 frei geworden war, blickt auf eine schwere, aber ruhmvolle Geschichte zurück.

Bekanntlich war im Kampf der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha ab 1930 die allen drei von Frankreich beherrschten Ländern Indochinas gemeinsame Kommunistische Partei Indochinas führend. Auf ihrem zweiten Parteitag im Februar 1951 beschloß sie, in jedem Land des früheren französischen Indochinas eine eigene Partei zu gründen. Das Werk der KP Indochinas setzte die Partei der Werkträger Vietnams fort, die seit Dezember 1976 Kommunistische Partei Vietnams heißt. Im März 1955 gründeten 300 Delegierte, frühere Mitglieder der KP Indochinas, auf einem Kongress in Laos die marxistisch-leninistische Volks- (seit Februar 1972 Revolutionäre Volks-) Partei von Laos. Ende September 1960 tagte in Phnom-Penh illegal der I. Parteitag der Kommunistischen Partei von Kambodscha mit 21 Delegierten.

Die Partei analysierte die Lage in der revolutionären Weltbewegung und die Verhältnisse in Kambodscha und legte die Aufgaben für eine nationaldemokratische Revolution im Lande fest. Sie umfaßten den Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus, in erster Linie des amerikanischen, für restlose Befreiung und Unabhängigkeit des Landes sowie den Kampf gegen die einheimischen Feudalherren und die reaktionäre Vermittlerbourgeoisie. Die Partei nahm eine legale und illegale Arbeit in Stadt und Land auf, sie benutzte politische Methoden und ging auch mit Waffen vor.

Im Jahre 1961 stellte sie in Städten und Dörfern eine Geheimgarde auf, zu deren Aufgaben es gehörte, die revolutionären Stützpunkte zu verteidigen, Revolutionäre auf ihren Wegen zu bewachen und beim Geg-

ner Waffen zu erbeuten. 1968 wurden aus der Garde Partisanenverbände gebildet, und diese wurden zum Stamm der Revolutionären Armee, die bis 1970 schon gewisse Erfahrungen sammelte.

Um die breiten Massen aufzubieten, gab die Partei Kampflosungen aus: für Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität und Frieden, für Demokratie und Freiheit, für das Wohlergehen des ganzen Volkes. Unter diesen Lösungen meinte sie unablässig die Reihen der revolutionären Kräfte. Diese waren aber verhältnismäßig lange isoliert, ja sie waren zahlenmäßig noch immer ziemlich schwach.

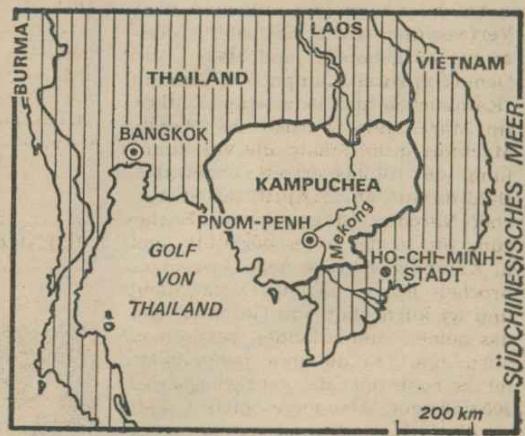
Die Lage änderte sich von Grund auf nach dem 18. März 1970, als die kambodschanischen Rechten unter General Lon Nol in Phnom-Penh einen reaktionären Staatsstreich verübten. Da scharften sich weiteste Bevölkerungsschichten — angefangen von

Bauern bis zu buddhistischen Mönchen und Mitgliedern der königlichen Familie — um die Nationale Einheitsfront von Kambodscha. An deren Spitze trat faktisch die Kommunistische Partei, die den Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren und ihre Kreatur, Lon Nol mit seinem Regime, anführte. Die Front stellte nationale Volksbefreiungskräfte von Kambodscha auf, deren Kern die Revolutionäre Armee wurde. Alle Kampfhandlungen leitete eigentlich die Kommunistische Partei. Zum Verteidigungsminister und Oberkommandierenden der Volksbefreiungskräfte wurde der KP-Funktionär Khieu Samphan ernannt.

Dem Ansehen der Front bei breiten Bevölkerungsschichten, namentlich bei der Bauernschaft, waren die fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Reformen förderlich,

die während des Krieges unter Führung der Kommunistischen Partei in den befreiten Gebieten vorgenommen wurden. Dort wurde der Grundbesitz der Verräter an der Nation beschlagnahmt und zum Gemeingut der Bauern erklärt. Brachland bekamen landlose Bauern gegen eine geringe Pacht zur Bestellung. Der Wucher wurde verboten, die Kautschukplantagen wurden verstaatlicht, und schulgeldfreier Unterricht in der Khmersprache wurde eingeführt.

Besonders wichtig war es, daß in der befreiten Zone Bauerngenossenschaften ins Leben gerufen wurden. Das geschah auf einen Beschuß des ZK der KP vom 20. Mai 1973. Diese Maßnahme trug nicht nur zum Vorrückkommen der Landwirtschaft und zur Besserstellung der Bauern bei, sie gab auch die Möglichkeit, die



Volksbefreiungskräfte zu verstärken, ihnen Transportmittel und Verstärkungen zu stellen.

Mit tatkräftigem Beistand der Bevölkerung konnten diese Kräfte Lon Nols Regime vernichtend schlagen. Hierzu trugen auch die allgemeinen Wandlungen in Indochina, die Siege der Völker von Vietnam und Laos bei. Bis Anfang 1975 hatten die Patrioten von Kambodscha schon über 90% ihres Landes befreit, und am 17. April 1975 nahmen sie die letzte Feste des Lon-Nol-Regimes, Phnom-Penh.

Nun brach für das Land eine neue Zeit an, eine Zeit des Friedens, der Unabhängigkeit und der sozialistischen Umgestaltungen.

Das Dringlichste nach dem Sieg war es, das Volk satt zu machen und Seuchen zu verhüten. Auf Hunger

und Seuchen hatten aber die dagebliebenen und die geflohenen Reaktionäre und ihre Helfer, die imperialistischen Kreise der USA, gehofft. Sie versprachen sich vom Hunger eine allgemeine Unzufriedenheit und Unruhen. Um einen ausreichenden Ertrag an Reis und anderen Nährpflanzen zu erzielen, bot die Front fast die ganze Landesbevölkerung einschließlich der Städter auf. Dank den getroffenen Maßnahmen konnte der Bedarf des Volkes an Nahrungsmitteln schon mit dem Ertrag von 1976 zum größten Teil gedeckt werden.

Allmählich werden wichtige Probleme gelöst wie die Wiederherstellung der Industrie und der Infrastruktur und die Versorgung des Volkes mit den nötigsten Bedarfsartikeln und mit Medikamenten. Man ist darangegangen, das Analphabetentum zu bekämpfen.

Am 5. Januar 1976 trat eine neue Verfassung in Kraft. Sie hat die Monarchie aufgehoben und das Land Demokratisches Kampuchea benannt (Kampuchea hieß es in alten Zeiten). Im März 1976 wurde das oberste Machtorgan im Staate, die Versammlung der Volksvertreter, gewählt. Bald darauf, am 2. April, gab Staatschef Norodom Sihanouk eine Erklärung ab, in der er es begrüßte, daß in Kampuchea „eine neue Ära angebrochen ist, in der das Volk allein und wirklich über sein Geschick und das seines Heimatlandes bestimmen wird, eine Ära, die ohne jeden Zweifel die ruhmreichste und frohste der 2000jährigen Landesgeschichte sein wird“. Und weiter: „Fest überzeugt vom brüderlichen Verständnis des Volkes und der Revolutionären Organisation bitte ich es um die Erlaubnis, heute zurückzutreten.“ Nach ihm trat auch die Regierung Penn Nouth zurück, die früher Königliche Regierung der Nationalen Einheit hieß.

Die Versammlung der Volksvertreter tagte zum ersten Male vom 11. bis zum 13. April 1976 und bildete die neuen Machtorgane. Zum Ministerpräsidenten des Demokratischen Kampuchea wurde Pol Poth, Sekretär des ZK der KP Kampuchea, ernannt. Andere Spitzenfunktionäre der KP wurden seine Stellvertreter, der Vorsitzende des Staatspräsidiums und der des Ständigen Komitees der Versammlung der Volksvertreter. Die Leitung der Ministerien und der Landesämter übernahmen ebenfalls Kommunisten. Also ist die KPK offiziell die Regierungspartei, die or-

ganisierende und leitende Kraft des kampucheanischen Volkes.

Von ihr geführt, ist das Volk daran gegangen, seine Probleme zu lösen. Die westliche Presse macht sich den Umstand zunutze, daß aus Kampuchea nur spärliche Nachrichten eintreffen, um die Führung tyrannische Methoden, Hintansetzung der Entwicklungserfordernisse u. dgl. m. in die Schuhe zu schieben. Besonders wichtig sind deshalb Angaben, die kürzlich Pol Poth gemacht hat. Dank den Wasserbauten, die in den beiden Jahren ausgeführt worden sind, konnten rund 400 000 ha Ackerland bewässert werden. Die Malariaerkrankungen sind um 70–80% zurückgegangen. Die Kautschukproduktion wird wieder in Gang gebracht, die Schifffahrt auf dem Mekong ist wieder aufgenommen, und die Seehäfen sind erneut in Betrieb.

Außenpolitisch hält sich das Demokratische Kampuchea an den Grundsatz, die revolutionären und die nationalen Freiheitsbewegungen zu unterstützen. Die Landesführung hat den Sieg der Völker Angolas und Mosambiques begrüßt; sie steht den Völkern Namibias, Simbabwes und

der RSA in ihrem Freiheitskampf bei, verurteilt das faschistische Regime in Chile, setzt sich für die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ein, befürwortet den Abzug der Israeli-Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten und die Vereinigung Koreas durch das koreanische Volk selbst, ohne Einmischung des US-Imperialismus. Das Demokratische Kampuchea beteiligt sich tatkräftig an der blockfreien Bewegung.

Die KPdSU und die Sowjetregierung haben stets den Kampf unterstützt, den das Volk Kampuchea, geführt von dessen Kommunistischer Partei, für Freiheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität aufsucht. Anfang Oktober hat das ZK der KPdSU dem ZK der KPK anlässlich der offenen Bekanntgabe ihres Bestehens ein Begrüßungsschreiben zugehen lassen, in dem es ihm wünscht, das sozialistische Kampuchea erfolgreich aufzubauen, dessen Wirtschaft zu stärken, den Wohlstand des Volkes zu heben und den Frieden in Indochina und Südostasien mit Erfolg zu gewährleisten.

BIOGRAPHISCHES



Lazar Mojsov

Lazar Mojsov wurde 1920 in der kleinen makedonischen Stadt Negoti-

DER JUGOSLAWISCHE DIPLOMAT LAZAR MOJSOV — PRÄSIDENT DER 32. TAGUNG DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

no geboren. Er absolvierte die juristische Fakultät der Universität Belgrad.

Während des zweiten Weltkrieges beteiligte er sich aktiv am Volksbefreiungskampf. Nach der Befreiung Jugoslawiens bekleidete er verschiedene Regierungsposten in der Republik Makedonien, war ehrenamtlicher Staatsanwalt der Republik und Direktor des Zeitungsverlages Nova Makedonija.

1958 ging Mojsov in den diplomatischen Dienst. Von 1958 bis 1961 war er als Botschafter der Sozialistischen Föderativen Re-

publik Jugoslawien in der UdSSR, anschließend mehrere Jahre in der gleichen Funktion in Österreich tätig. Eine Zeitlang war er stellvertretender Bundessekretär für Äußeres der SFRJ. Später arbeitete er als Direktor des Instituts für Arbeiterbewegung, dann als Direktor und Chefredakteur der *Borba*.

1969 wurde er zum ständigen Vertreter der SFRJ bei der UNO berufen, 1974 zum stellvertretenden Bundessekretär für Äußeres der SFRJ ernannt.

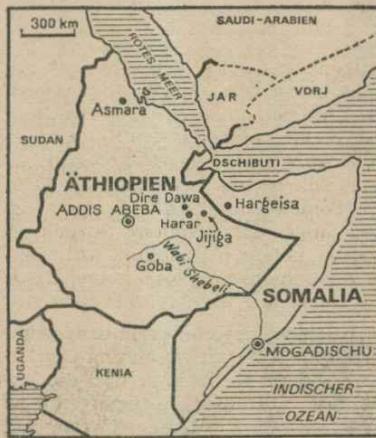
Lazar Mojsov ist Mitglied des ZK des BDKJ.

DER KONFLIKT UND SEINE HINTERGRÜNDE

Der bewaffnete Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia beunruhigt in wachsendem Maße die afrikanische Öffentlichkeit, die sich darüber im klaren ist, welche Folgen er für den Kontinent haben kann. In der letzten Zeit haben sich die Staatsmänner von Madagaskar, Sambia, Ghana, Angola, Tansania, Nigeria und anderen afrikanischen Ländern für die Beseitigung des Blutvergießens eingesetzt, und der Außenminister Kenias Munywa Waiyaki erklärte vor der UNO-Vollversammlung, sein Land sehe den Konflikt Somalia—Äthiopien „als Gefahr für Frieden und Sicherheit“ in diesem Raum des Kontinents an. Aus dieser Beunruhigung erklären sich auch die aktiven Vermittlerschritte einzelner afrikanischer Länder wie der OAU.

Bereits bei ihrer Gründung 1963 waren sich die Urheber der OAU darüber einig, daß vom Kolonialismus hinterlassene Konfliktursachen die politische Entwicklung Afrikas beeinträchtigen können. In der OAU-Satzung wurden solche Prinzipien festgelegt wie „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“, „Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität“, „friedliche Regelung von Differenzen“. Die OAU-Konferenz hatte im Juli 1964 in Kairo eine Sonderresolution gefaßt, in der alle Mitgliedstaaten verpflichtet werden, „die bei der Erreichung der nationalen Unabhängigkeit bestehenden Grenzen zu achten“. Viele afrikanische Zeitungen heben heute hervor, wie nötig es sei, sich an diese Prinzipien zu halten. In dieser Richtung äußern sich *Notícias da Beira* (Mosambik), *Sunday News* (Tansania) und andere.

Laut AFP bekräftigen praktisch alle OAU-Mitglieder in bezug auf ihre Einstellung zu den genannten Ereignissen, sie blieben den Prinzipien der OAU-Satzung treu. Dabei wird geäußert, diese Prinzipien hätten bereits mehrfach ihre Wirksamkeit bei der Beilegung komplizierter Situationen bewiesen, darunter auch bei der Regelung des bewaffneten Konflikts Äthiopien—Somalia bei dem marokkanisch-algerischen



Grenzstreit Mitte der 60er Jahre und in anderen Fällen.

Recht einhellig ist die afrikanische Presse auch in der Hintergrundanalyse der jetzigen Konfrontation. Die tansanische *Mzalendo* bemerkt z. B., der Konflikt nutze nur den Feinden Afrikas, die „noch immer darauf aussind, auf den Kontinent zurückzukehren“. *People's Evening News* (Ghana) schreibt, in diesem Raum Afrikas versuchten äußere Kräfte die Taktik des Indochina-Krieges anzuwenden, in dem Asiaten veranlaßt wurden, gegen Asiaten zu kämpfen. Die algierische *Al Moudjahid* legt Wert auf die Feststellung, daß „die Anheizung des Konflikts Somalia—Äthiopien ernstliche Folgen haben kann, die den Interessen des Imperialismus entsprechen“. Die in Daresalam erscheinende *Uhuru* weist darauf hin, daß die Auseinandersetzungen „nicht nur zum Blutvergießen führen, sondern den Marionetten auch ermöglichen, Religion, Hautfarbe und Erdöldollars dazu zu benutzen, Zwist nach Afrika zu tragen“.

Die afrikanische Öffentlichkeit ist durch die in der letzten Zeit von der imperialistischen Propaganda unternommenen Versuche alarmiert, das Prinzip der Unverletzlichkeit der afrikanischen Grenzen zu diskreditieren. Was steckt z. B. hinter der Behauptung der *New York Times*, die Einhaltung

dieses Prinzips könne zur Spaltung der afro-arabischen Staaten in unversöhnliche Blocks und zur Auflösung der OAU führen. Sehr zu Recht beurteilt die afrikanische Presse derartige Erklärungen als provokatorisch.

In den afrikanischen Ländern betrachtet man nicht nur den militärisch-politischen, sondern auch den sozialen und wirtschaftlichen Aspekt des Problems. So muß man der Ansicht zustimmen, daß die bewaffneten Zusammenstöße zwischen den afrikanischen Ländern, die Tausende Menschenleben kosten, zugleich zu einer unverzeihlichen Vergeudung der ohnehin knappen nationalen Ressourcen dieser Länder führen, die für die Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur so nötig sind. Ein trauriges Paradox liege, so bemerkt die afrikanische Presse, darin, daß die Kriegshandlungen in der Provinz Ogaden Gebiete verheeren, deren Bevölkerung wirtschaftliche Hilfe und ernsthafte soziale Veränderungen besonders dringend brauche. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß der Krieg zwischen Somalia und Äthiopien die Bemühungen beider Länder lahmgelegt hat, sich der Beseitigung der schrecklichen Dürrefolgen im heutigen Kampfgebiet anzunehmen. (Dabei ging es um Maßnahmen wie das Seßhaftmachen von Nomaden, die Anlage von Bewässerungssystemen, Straßen und Sanitätssstellen.) Es ist selbstverständlich, daß die afrikanische Öffentlichkeit über die verstärkte Spannung im Nordosten des Kontinents beunruhigt, für die Beilegung des Konflikts eintritt. Die afrikanische Presse kommentiert wohlwollend die dieser Tage veröffentlichte Erklärung der Äthiopischen Nachrichtenagentur, die äthiopischen Behörden seien bereit, alle ehrlich gemeinten Bemühungen um die Beilegung der bestehenden Differenzen mit Sudan unter der Voraussetzung zu unterstützen, daß dieser „sich strikt an die Prinzipien in den Satzungen der UNO und der OAU hält“.

Ungeachtet der komplizierten Situation und der Anheizung der Spannungen durch reaktionäre Kreise des Westens und einige Länder des arabischen Ostens, glauben die Öffentlichkeit und viele afrikanische Staatsmänner an eine Möglichkeit, die Probleme auf dem Kontinent, darunter auch den Konflikt Somalia—Äthiopien, auf friedliche Weise zu lösen.

G. GALPERIN

WAHLKAMPFKOFFER GEPACKT

Von unserem ständigen Berichterstatter
Wladimir PAWLOW

Im September und Oktober werden in Großbritannien gewohntesgemäß die Jahreskonferenzen der großen Parteien abgehalten. In diesen noch ziemlich warmen Tagen des Indian summer machen sich Tausende Parteifunktionäre in die kleinen Kurorte an der Küste auf, wo, wiederum herkömmlich, diese Konferenzen stattfinden.

Der Kongreß der Labour Party wurde in diesem Jahr nach Brighton einberufen. Im riesigen Brighton-Centre, wo 1177 Labour-Leute zusammengekommen waren, prangte über dem Vorstandstisch die Losung: „We are winning with Labour“.

Der Parteivorstand hatte das nicht umsonst zur Devise gemacht. Einerseits wollte man damit die Regierungserfolge der Labours herausstreichen, andererseits die Delegierten darauf aufmerksam machen, daß die jetzige Konferenz die letzte vor den nächsten Parlamentswahlen sein könnte.

Die Schaffung einer Wahlkampfatmosphäre, die ständigen Rufe nach Einheit, die Warnungen, man dürfe das Boot zu einer so großen Verantwortung erfordern Zeit nicht zum Schwanken bringen, taten das ihre, da sie wesentlich dazu beitragen, die Kritik an der Regierung zu dämpfen. Trotz aller „Aufklärungsarbeit“ der Gewerkschaften und der örtlichen Parteiorganisationen bekamen die Labourführer jedoch auch harte Worte zu hören.

Heftige Diskussionen gab es auf der Konferenz über die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Arbeitslosigkeit hat mit dem Überschreiten der 1,5-Millionen-Marke bedrohliche Ausmaße angenommen. Premier Callaghan mußte eingestehen, die Regierung habe gegenwärtig keine genügend wirksamen Mittel zu ihrer Bekämpfung. Die Inflation und die Kürzung der Sozialausgaben haben zu einem starken Rückgang des Lebensstandards geführt.

Viele Delegierten wiesen besorgt darauf hin, der Versuch, das Land hauptsächlich auf Kosten der Werk-

tätigen aus der schweren Wirtschaftskrise zu lotsen, untergrabe das Vertrauen der breiten Bevölkerungsschichten in die Politik der Labourregierung. Dieser kurzsichtige Kurs führte u. a. dazu, daß der TUC im Sommer d. J. die Erneuerung des abgewirtschafteten Sozialkontrakts ablehnen mußte. (In dem 1975 geschlossenen Abkommen hatte die Regierung als Gegenleistung für



die Zustimmung der Gewerkschaften, freiwillig auf Lohnerhöhung zu verzichten, entschlossene Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft, zur Umverteilung des Reichtums und der Macht zugunsten der Werktätigen versprochen.)

Die meisten Gewerkschaften setzen sich für die Rückkehr zur Praxis des freien Abschlusses von Kollektivverträgen ein. Nach dem außerordentlich harten Ringen auf dem TUC-Kongreß Anfang September war es der Regierung immerhin gelungen, den Gewerkschaften die sogenannten 12-Monats-Regeln aufzudrängen, denen zufolge die Löhne der Arbeiter und Angestellten nur einmal im Jahr und auch da nicht um mehr als 10% heraufgesetzt werden dürfen.

Dieser Sieg auf dem TUC-Kongreß befriedigte die Regierung jedoch nicht, da einzelne Gewerkschaften erklärten, die Annahme der 12-Monats-Regeln hieße noch nicht, daß die Lohnerhöhungen bei 10% haltmachen müßten. Um Druck auf die Gewerkschaften ausüben zu können, war es der Regierung sehr wichtig, auf dem Labour-Kongreß ihre Wirtschaftsstrategie billigen zu lassen.

Der Kongreß unterstützte Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise. Doch in der gleichen Resolution verlangten die Delegierten sofortige Aktionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine drastische Preiskontrolle sowie die Erhöhung der Sozialausgaben.

Der Parteivorstand unter James Callaghan konnte sich die Zustimmung für die wichtigsten Richtun-

Etwas 4000 Personen besetzten das Londoner Kopierwerk Grunwick. Den Arbeitern ging es um das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und auf Streik. Bei heftigen Zusammenstößen mit der Polizei (unser Bild) wurden mehrere Personen festgenommen.

Foto TASS

gen seiner Innen- und Außenpolitik sichern. Unter Berücksichtigung der Haltung der Liberalen, die sich einverstanden erklärt hatten, das Abkommen über eine Zusammenarbeit mit den Labours im Parlament um ein weiteres Jahr zu verlängern, kann das Kabinett Callaghan nun, nach Ansicht hiesiger Kommentatoren, ruhig eine Verbesserung der Wirtschaftskonjunk-

tur abwarten, um dann neue Parlamentswahlen in einem günstigen Augenblick auszuschreiben.

Auf der Konferenz der Liberalen Partei war die am meisten diskutierte Frage das Abkommen mit der Labourregierung. Parteichef David Steel erklärte, den Liberalen sei es dadurch gelungen, den Einfluß des linken Labourflügels einzudämmen und auf diese Weise die Regierung zu einer gemäßigteren Politik zu veranlassen. Die Liberalen wählten als Konferenzlosung den demagogischen Aufruf: „Power to the People“. Sie strengten sich sehr an, um sich den Wählern als Partei der Mitte anzubieten, die in der Lage sei, sowohl dem „Rechtsextremismus der Konservativen“ als auch dem „Linksextremismus der Labours“ Paroli zu bieten. Ihre wichtigsten Programmforderungen laufen auf die Erhöhung staatlicher Beihilfen für kleine Geschäftsleute und die Profitbeteiligung von Arbeitern und Angestellten an den Gesellschaften durch den Verkauf einiger Aktien an sie hinaus.

Gleichzeitig wenden sich die Liberalen gegen eine Aufnahme von Gewerkschaftsvertretern in die Aufsichtsräte von Großbetrieben, gegen die Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften. Das Programm der Liberalen stellt sich als typisch kleinbürgerliches reformistisches Herangehen an die Lösung der sozialen und Wirtschaftsprobleme dar. Die Parteiführer hoffen, bei den nächsten Wahlen mehr Vertreter ins Parlament zu bringen. Das könnte ihnen die Möglichkeit einer Koalition mit einer der beiden großen Parteien eröffnen. Da sich in den letzten Jahren zwischen Labours und Konservativen ein annäherndes Gleichgewicht entwickelt hat, halten Experten diese Variante für nicht ausgeschlossen.

Sammelort für die Konservative Partei war Blackpool. Selbstbürgerliche Journalisten konnten sich eines ironischen Lächelns nicht enthalten, als sie über dem Präsidententisch lasen: „The Party of the People“. Von allen Devisen, die die Parteien in diesem Jahr für ihre Konferenzen gewählt hatten, gebührt der der Konservativen, nach Ansicht des Kommentators der *Financial Times*, zweifellos der erste Preis für fehlende Realität. Denn was die Konservativen auch immer vorgeben, sie bleiben die Partei der Privilegierten, die Partei der herrschenden Klasse.

Margaret Thatcher widmete den größten Teil ihrer Rede Ausfällen gegen die Labourregierung, die darauf aus sei, der Freiheit des Privatunternehmertums völlig das Wasser abzugraben. Die Tory-Chefin warnte vor einer „Gefahr von links“ und versicherte, falls die Labours bei den nächsten Wahlen siegten, würden nicht nur große, sondern auch kleine Betriebe verstaatlicht. Auf die etwas verbesserte Finanzlage des Landes eingehend, sagte Mrs. Thatcher, das sei den Labours nur gelungen, da sie den Anweisungen der IWF Folge geleistet hätten, die Staatsausgaben zu kürzen. Bekanntlich betrafen diese Kürzungen vor allem die Sozialausgaben. Margaret Thatcher erklärte stolz: Die Konservativen sind mit diesem Rezept zur Heilung der Wirtschaft völlig einverstanden.

Das reaktionäre Wesen der Konservativen wurde besonders bei der außenpolitischen Debatte deutlich. Erneut ließen sie die „Bedrohung aus dem Osten“ aus dem Sack und erklärten, wenn sie die Regierungsgeschäfte übernahmen, würden sie nicht nur die von den Labours vorgenommene Kürzung der Verteidigungsausgaben rückgängig machen, sondern sie auch jährlich um 3% erhöhen. In bezug auf die Ost-West-Beziehungen faßte die Konferenz eine Resolution, in der es heißt, eine künftige konservative Regierung müsse all ihren Einfluß geltend machen, um die Entspannung in der Wirtschaft wie auch in der Politik einer Prüfung zu unterziehen.

Die Saison der politischen Konferenzen in Großbritannien ist also vorbei. Die Parteien haben ihre politischen und strategischen Positionen abgesteckt und sich damit auf die entscheidende Schlacht für die nächsten Parlamentswahlen vorbereitet. Unabhängig davon, ob der Wahlkampf für das nächste Jahr angesetzt oder bis 1979 verschoben wird, ist eines klar: Er wird unter verschärften sozialen und politischen Widersprüchen ablaufen. Klar ist ebenfalls: Welche Partei auch immer die Regierung übernehmen wird, sie muß die zunehmende Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften sowie aller fortschrittlichen Kräfte Großbritanniens in Rechnung ziehen, die die komplizierten Probleme der Innen- und Außenpolitik unter Berücksichtigung ihrer Interessen gelöst wissen wollen.

London, am 24. Oktober

INTERVIEW



Noch unlängst nannte man Botswana eine stille Insel im brausenden Meer des politischen Lebens in Afrika. Wie hat sich die Entwicklung im Süden dieses Kontinents auf Ihr Land ausgewirkt?

Heutzutage befindet sich Botswana im Mittelpunkt des turbulenten politischen Geschehens im Süden Afrikas. Es ist ein Einsprengsel, umgeben von der RSA, von Namibia und Rhodesien, wo die Rassisten am Ruder sind, die den unabhängigen Nachbarstaaten bekanntlich feindselig gegenüberstehen. Nur ein 50 m breiter Streifen am Südufer des Sambesi ermöglicht uns einen direkten Kontakt mit dem befreiten Afrika.

Unsere Außenpolitik fußt bekanntlich auf der Respektierung der Souveränität anderer Länder und auf Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die ungewöhnliche geographische Lage Botswanas erschwert seine wirtschaftliche und politische Entwicklung.

Rhodesien stellt seine bewaffneten Anschläge gegen Botswana ebenso wenig wie die gegen Sambia und Mosambik ein. Aber trotz aller Drohungen und Provokationen Salisburys und Pretorias bleibt unser Land antirassistisch und unterstützt die gegen Apartheid und Rassismus kämpfenden Patrioten. Botswana nimmt an den Treffen der sogenannten Frontstaaten teil, das sind außer uns Tansania, Sambia, Mosambik und Angola.

Wenn unbewaffnete Afrikaner zu Tausenden vor den Verfolgungen der Rassisten aus Rhodesien flüchten müssen, finden sie im unabhängigen Botswana eine Zuflucht. Wir haben

KÄMPFENDES BOTSWANA

Vom Sowjetischen Komitee für Solidarität mit den Ländern Asiens und Afrikas eingeladen, weilte botswanische Delegation in der UdSSR, geführt von dem Abgeordneten W. R. Meswele, einem namhaften Funktionär der demokratischen Regierungspartei. Vor der Abreise gab er unserem Korrespondenten Sergej Petuchow folgendes Interview.

ein Lager für 2000 Flüchtlinge eingerichtet. Bei ihrer Unterbringung leistet uns die UNO eine große Hilfe.

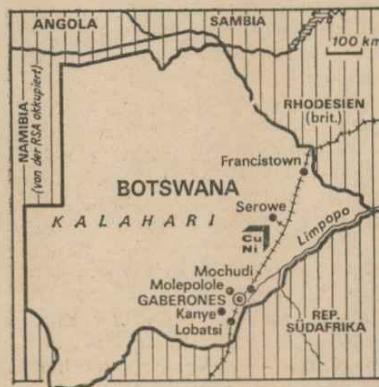
Unlängst jährte sich die Unabhängigkeit Botswanas zum elften Male. Wie könnten Sie die Entwicklung Ihres Landes in diesem Zeitraum charakterisieren?

Unser Land hat unstreitig gewisse Erfolge erzielt, und wir sehen hoffnungsvoll in die Zukunft. Die Politik unserer Regierung beruht auf der Idee, eine Gesellschaft aufzubauen nach den Grundsätzen der Demokratie, der Entwicklung, der Selbstversorgung und Einheit. Wie Präsident Khama sagte, sollen diese Prinzipien die Republik wirtschaftlich lebensfähig und damit wirtschaftlich unabhängig machen.

In den Jahren der Unabhängigkeit hat sich ein staatlicher Wirtschaftssektor gebildet. Es bestehen schon staatliche Kommissionen für Zivilbauten, Kraftwirtschaft und Fleischproduktion. Im August 1976 hat Botswana die südafrikanische Währung, den Rand, aus dem Verkehr gezogen und eine eigene Währung, die Pula, eingeführt.

Pula bedeutet: „Es regne!“ Diese Bezeichnung haben wir nicht zufällig gewählt. Unsere Wirtschaft beruht noch immer auf der Landwirtschaft. Wir haben nur etwa 180 000 ha Anbaufläche, der größte Teil des Landesgebiets entfällt auf die Kalahari-Wüste. Wegen der unregelmäßigen Niederschläge und des Wassermangels werden nur 5% des Bodens bestellt. Auf unbewässertem Land säen die Bauern größtenteils Sorghum, Mais, Hirse und Hülsenfrüchte. Bei Bewässerung aber könnte man bedeutend mehr Nutzpflanzen anbauen. Deshalb ist der Bau von artesischen Brunnen und von Stauteichen sehr wichtig.

Ein großer Teil des Landesgebiets wird zur Viehzucht benutzt. Sie ist die Hauptbeschäftigung der 700 000 Landesbewohner. In Botswana gibt es rund drei Millionen Rinder und über eine Million Ziegen und Schafe. Fleisch, Häute, Wolle und andere Viehzuchtprodukte stellen fast 90% des Exports dar. In der Stadt Lobatse befindet sich einer der



größten Schlacht- und Fleischverarbeitungsbetriebe Afrikas.

In den Jahren der Unabhängigkeit hat die Regierung recht viel getan, um den Viehbestand zu vergrößern, Viehkrankheiten zu bekämpfen und zu verhüten, daß die Viehweiden durch Erosion usw. unbrauchbar werden. Die Bauern erlernen neue Methoden der Viehhaltung und der Ertragssteigerung. Veterinärstationen helfen die Viehseuchen bekämpfen. Seit 1968 hatten wir keine Maul- und Klauenseuche.

Die Dörfer bekommen mehr Schulen und Sanitätsstellen. Ständige Chausseen werden angelegt, kleine Betriebe gebaut und Werkstätten eingerichtet, größtenteils für Lederverarbeitung und Bekleidung. Dank ihnen haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Landbevölkerung zugenommen.

Welche Bedeutung haben die Bodenschätze für die Entwicklung Ihrer Wirtschaft?

Sie hängt seit einigen Jahren vor allem von der raschen Entwicklung des Bergbaus ab, in erster Linie von der Erschließung großer Diamanten- sowie Kupfer- und Nickelvorkommen. Jetzt sind über 4000 Arbeiter im Bergbau beschäftigt, und es werden immer mehr.

Die ersten Diamanten — übrigens von sehr hoher Qualität — wurden 1971 gewonnen. Jetzt ergeben vier Diamantenvorkommen über 2 Mio Karat Edelsteine im Jahr. Voriges

Jahr brachten sie dem Staat rund 40 Mio Pula ein. Energisch wird nach neuen Diamantenvorkommen geschürft. Bemerkenswert ist, daß bei der Erschließung der Naturschätze nationale Gesellschaften eine immer größere Rolle spielen. So untersucht die unlängst gegründete botswanische Gesellschaft Diamond Valuing die Aussichten auf eine industrielle Verwertung der Diamantenvorkommen im Raum von Kwanwanga.

Die Einkünfte aus dem Bergbau dienen zur Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse unseres Landes: zur Förderung der Viehzucht, zum Ausbau der Bewässerungsanlagen, zum Bau von Schulen und Krankenhäusern und zur Hebung des Lebensstandards.

Die Regierung hat schon einige Sozialmaßnahmen getroffen: Sie hat das Schulgeld in den Grundschulen auf die Hälfte herabgesetzt und gedacht, es in 3–5 Jahren ganz abzuschaffen. Auf dem Lande sind in den letzten Jahren über 200 Kliniken und Sanitätsstellen ins Leben gerufen worden. Ansehnliche Summen werden für eine nationale Universität bereitgestellt.

Bitte ein paar Worte über Ihre Eindrücke vom Besuch in der Sowjetunion.

Besonderen Eindruck hat auf mich der Besuch in der Lumumba-Universität der Völkerfreundschaft gemacht. Dort freute mich die Atmosphäre der Brüderlichkeit, der Solidarität und des Internationalismus. An ihr studieren junge Menschen aus verschiedenen Ländern, auch aus dem meinen. Diese Hochschule bildet tüchtige Fachkräfte aus, und ich bin überzeugt, daß sie später imstande sein werden, ihre Länder voranbringen zu helfen.

Ich will noch mehr sagen: Ich war schon in vielen Ländern, habe aber nirgends eine so vollkommene Organisation des Unterrichtsbetriebs angetroffen. Ich finde, das ist die beste Universität der Welt.

Auch freut es uns, daß man in der UdSSR die Leiden unserer Brüder im Süden Afrikas mitempfindet, wo Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus wüten. Die Patrioten Afrikas sind der Sowjetunion dankbar für die Hilfe, die sie ihnen im Kampf für ihre wahre Befreiung leistet. Wir nehmen die schönsten Eindrücke von Ihrem Land und der Aufnahme heim, die uns Ihr Volk bereitet hat.

NACH 20 JAHREN

Die Geschichte Syriens reicht viele Jahrhunderte zurück. Seine Hauptstadt, Damaskus, darf sich eine der ältesten Metropolen der Welt nennen. Doch die unabhängige Syrische Arabische Republik ist noch jung und ist erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit darangegangen, sich eine vielseitige moderne Volkswirtschaft aufzubauen. Ein Schwerpunkt dabei ist die umfangreiche kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenar-

ten wirtschaftlich geholfen wird, damit sie wirtschaftlich unabhängiger werden.“ Im Gegensatz zu der bei den imperialistischen Staaten herkömmlichen Politik eines militärischen und politischen Diktats und einer wirtschaftlichen Knechtung habe die UdSSR — so heißt es in der Präambel des Abkommens — Syrien angeboten, „eine wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichheit, des beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteils, der Nichteintrömung in die inneren Angelegenheiten und der rückhaltlosen Achtung vor der nationalen Würde und Souveränität beider Länder zu entwickeln“.

Das Abkommen sah eine Zusammenarbeit auf höchst wichtigen Gebieten vor, solchen wie der Schaffung einer energetischen Basis und eines Systems zur Versorgung des Landes mit Strom, der Erschöpfung und Nutzbarmachung von Rohstoffen, des Verkehrs-, besonders des Eisenbahnbaus, des Baus von Bewässerungsanlagen und der Ausbildung syrischer Fachkräfte.

Der Maschinensaal des Euphrat-Kraftwerks
Foto A. Gorjatschew

beit mit den Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft, insbesondere mit der UdSSR. Ein geleitet wurde sie durch das vor 20 Jahren, am 28. Oktober 1957, geschlossene sowjetisch-syrische Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit.

Die Bedeutung dieses Abkommens reichte schon deshalb über das rein wirtschaftliche hinaus, weil es zu stande kam, als Syrien von imperialistischen Anschlägen bedroht war. Damals erklärte Außenminister Gromyko in der 12. UNO-Vollversammlung: „Die UdSSR setzt sich dafür ein, daß sich die Länder des Nahen und Mittleren Ostens unabhängig entwickeln und daß die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser Länder aufhört.“ Und weiter: „Die UdSSR ist für eine umfangreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder mit den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und dafür, daß diesen Staaten

Unter den ausgeführten vereinbart gewesenen Objekten ist der Wasserkraftkomplex am Euphrat besonders zu nennen. Mit dem Bau wurde 1968 begonnen, und Ende 1975 hatte das Wasserkraftwerk schon die erste Milliarde kWh Strom geliefert. Sechs Maschinengruppen laufen schon und bald werden es alle acht mit je 100 000 kW Leistung.

Der Euphratkomplex soll die Grundlage für die Entwicklung vieler Wirtschaftsbranchen sein. Das Kraftwerk liefert schon jetzt über 60 % des in Syrien erzeugten Stroms. Eine große Industriestadt ist das unweit des Euphratkomplexes entstandene As-Saura (der Name bedeutet Revolution). Präsident Assad sagte: „Die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile vom Euphratstaudamm sind groß und zahlreich. Er ist eminent wichtig, denn er ist eine wirksame Handhabe für wesentliche Veränderungen — das in Ausführung be-

griffene Projekt beweckt ja nicht nur, was an der Oberfläche zu sehen ist, sondern auch gründlichere Veränderungen in der Gesellschaft und in der Lebensweise.“

Mit der Inbetriebnahme des Euphratkomplexes bieten sich neue Aussichten für die Zusammenarbeit der UdSSR und Syriens. Es handelt sich vor allem um den Bau von Bewässerungsanlagen und um die landwirtschaftliche Erschließung weiter Ländereien.

Dank der Zusammenarbeit mit der UdSSR sind in Syrien gut gedeihende Wirtschaftszweige wie die Chemie und die Erdölindustrie entstanden. Als einziges Nahostland hat Syrien Öl vorkommen ohne die Teilhaberschaft westlicher Konzerne nutzbar machen können. Mit Hilfe sowjetischer Geologen und Ölspezialisten sind in Nordostsyrien Ölschürfungen zu Ende geführt und ist dort schon mit der industriellen Ölgewinnung begonnen worden. Die Ausbeute ist zwischen 1968 und 1976 von einer Million auf 10,3 Mio t angewachsen. Die Zusammenarbeit trägt noch andere Früchte. So ist ein modernes Verkehrswesen geschaffen worden einschließlich 1464 km neuer oder modernisierter Bahnstrecken; der Seehafen Latakia ist erweitert, eine Wasserbauzentrale am Nördlichen Kebir ist errichtet usw.

Von der sowjetisch-syrischen Zusammenarbeit haben beide Länder einen Vorteil. Syrien tilgt die von der UdSSR erhaltenen Kredite mit Baumwolle, Garn, Wolle und Massenbedarfsgütern. Jetzt entwickeln sich unsere Wirtschaftsverbindungen auf der Basis des langfristigen Abkommens vom 13. April 1974 und des im April 1977 unterzeichneten Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, das ihren weiteren Ausbau vorsieht.

Die letzten 20 Jahre haben bewiesen, wie ersprießlich die sowjetisch-syrische wirtschaftliche Zusammenarbeit ist. Ihre feste politische Grundlage ist die von Leonid Breschnew und Hafis Assad 1974 in Moskau gemeinsam unterzeichnete Erklärung, in der es heißt, daß die beiden Staaten „entschlossen sind, auch weiterhin das Freundschaftsband zwischen ihnen fester zu knüpfen und die umfangreiche Zusammenarbeit auf allen Gebieten in jeder Hinsicht fortzuentwickeln“.

A. KLIMOW

„NEUE ZEIT“ 44-73

Mit N fängt auch nein an

Was haben Lord Chalfont und der kommunistische Schriftsteller Krötz miteinander gemein? Oder der italienische NATO-General Pasti und der irische Pazifist Sean Macbride? Die internationale Katholikenbewegung Pax Christi und die 28 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und Nordamerikas? Der schwedische Außenminister Söder und Scheich Abdul-Hamed as-Saeh, Professor für Islam-Theologie? Die Antwort auf diese merkwürdige Frage findet sich in einer vom Informationszentrum des Weltfriedensrates englisch, spanisch, französisch und deutsch herausgegebenen Broschüre.

Schon der Titel — „Neutronenbombe NEIN!“ — zeigt, auf welcher Ebene die Probleme liegen, die ganz verschiedene Persönlichkeiten und politische Kräfte aller Erdteile vereinen. Es handelt sich um die Neutronenbombe, eine Erfindung des amerikanischen Militarismus, die die Welt in Aufregung versetzt hat. Jetzt allerdings versucht der Propagandaapparat des Pentagons, die Öffentlichkeit im Westen mit der Notwendigkeit auszusöhnen, „mit der Neutronenbombe zu leben“. Aber angesichts der neuen Gefahr sind sich derart weite Kreise in ihrer Stellungnahme einig, daß das Pentagon zu lavieren gezwungen ist. Da heißt es, endgültige Beschlüsse seien aufgeschoben.

Unter diesen Umständen hat das vom Weltfriedensrat Geleistete besondere Tragweite, erstens, weil es dem Leser begreiflich macht, wie breit die Front gegen die neue Waffe schon ist. Die in dem Heft enthaltenen Mitteilungen aus verschiedenen Ländern ergeben ein eindrucksvolles Bild.

Damit ist die Bedeutung dieser Schrift aber keineswegs erschöpft. Sie umfaßt Veröffentlichungen aus vielen Ländern und von maßgeblichen Wissenschaftlern und Militär-experten und widerlegt die militaristische Propaganda des Westens.

Womit versucht man, die erregte Öffentlichkeit zu beschwichtigen?

Vorspiegelung Nr. 1: Die Neutronenbombe erhöhe die Kernkriegsgefahr nicht, umgekehrt, sie verringere sie, weil diese Bombe, von der Artillerie und an Kurzstreckenraketen benutzt, zu den taktischen Waffen gehöre und folglich keinen nuklearen Konflikt auslösen könne. Prof. Dr. Feld (Technisches Institut von Massachusetts, USA), Lord Chalfont (früher Staatsminister Englands) und Dr. Linus Pauling (Träger eines Nobelpreises) erklären, daß die Bombe die Wahrscheinlichkeit eines nuklearen Konflikts gerade erhöht. Sie senkt, ja sie verwischt sogar die „nukleare Schwelle“ zwischen einem gewöhnlichen und einem Kernkrieg. „Wenn erst einmal die Schwelle überschritten ist“, schreibt Lord Chalfont, „wird keine Möglichkeit mehr bestehen, daß der Kampf nicht wie ein atomares Tennisspiel geführt wird.“

Vorspiegelung Nr. 2: Das sei eine saubere Bombe, sie erleichtere den Opfern ihr Los. Hier aber die maßgebliche Meinung des bekannten englischen Physikers Prof. Burhop: „Diejenigen Opfer sind am glücklichsten, die im Laufe von zwei bis vier Wochen sterben. Diejenigen, die sich in ein bis zwei Kilometer Entfernung befanden, können jahrelang unter Qualen dieser Art dahinsiechen.“ Und hier Prof. Feld, bisheriger Generalsekretär der Pugwash-Bewegung: „... desgleichen kann auch in der Luft eine wahrnehmbare Menge lang anhaltender Radioaktivität verbleiben.“ Es „existiert noch ein radioaktiver Niederschlag von der Auslösung der Spaltung.“ Und Prof. Sternglass (USA): „Obwohl es zutrifft, daß der körperliche Schaden für in der Nähe liegende Städte reduziert werden kann, wird doch die Gesamtzahl von Toten, Kranken... stark multipliziert werden müssen.“

Vorspiegelung Nr. 3: Die NATO brauche die Bombe, um schlagkräftiger zu sein. Hier eine Antwort von General Pasti: Die Neutronenbombe sei überhaupt unnötig, die „Kriegstreiber“ (so der General) hätten sie sich ausgedacht. Sie könne nur Städte Europas zerstören, und die

NEUTRONEN BOMBE



Nein!

NATO-Länder gerieten in noch größere Abhängigkeit von Washington, weil über den Einsatz der Neutronenbombe die USA zu bestimmen haben würden.

Vorspiegelung Nr. 4: Die N-Bombe bedrohe die Entspannung nicht, sie sei nichts weiter als eine technische Verbesserung. Dazu ein paar Antworten. K.-H. Hansen (Bundestagsabgeordneter): „... die „saubere“ N-Bombe hat das politische Klima in Europa und in der Welt schon verschmutzt.“ E. Bahr (Bundesgeschäftsführer der SPD) bezeichnete die N-Bombe als „ein Symbol der Perversion des Denkens“. Senator Mark Hatfield (USA): Der Beschuß, Neutronenbomben zu erzeugen, „ist von größerer Bedeutung als jede andere Entscheidung, seit Harry Truman beschloß, die (Atom-)Bombe (gegen Japan) einzusetzen.“

Durch Sammlung und Veröffentlichung dieser Stellungnahmen hat der Weltfriedensrat die Menschheit nochmals an die Gefahr erinnert, der sie ausgesetzt wird. Jetzt protestieren Millionen gegen das „Neutronenrisiko“. Über diese Kampagne schreibt der ungarische Schriftsteller Ivan Boldizsár bildhaft: „Wenn das Wort Neutronenbombe mit einem großen ‚N‘ beginnt, so sollten ihre Anhänger nicht vergessen, daß auch das ‚Nein‘ in vielen Sprachen mit diesem Buchstaben anfängt: non, no, nem, njet.“

„Nein!“ zur Neutronenbombe sagen heute Millionen in allen Sprachen der Welt.

D. FEDENKO
27

GROSSFAHNDUNG LÄUFT

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Wählt man in Bonn 1166, meldet sich eine weibliche Tonbandstimme: „Sie hören eine Sonderdurchsage der Polizei. Das Bundeskriminalamt gibt Ihnen Gelegenheit, Gespräche der an den Morden in Köln und der Entführung des Dr. Schleyer beteiligten Terroristen zu hören, und bittet um Ihre Unterstützung. Hören Sie sich bitte die jetzt folgenden Stimmen in Ruhe an und achten Sie besonders auf die Eigenarten des Tonfalls, der Ausdrucksweise und der Sprachfärbung.“

Dann sagt eine Männerstimme: „Ich möchte Ihnen gern eine Mitteilung des Kommandos Siegfried Hausner machen. Ich werde ungefähr in einer Stunde noch einmal anrufen.“ Es folgen weitere ebenso kurze Bandaufzeichnungen, die offenbar aus Telefongesprächen mit Zeitungsredaktionen und dem Büro des Genfer Rechtsanwalts Payot stammen, über den die Terroristen mit der Bundesregierung kontaktierten.

Die telefonische Sonderdurchsage der Polizei war nur ein Teilstück einer in der Geschichte der Bundesrepublik bisher einmaligen Großfahndung. Sie war ausgelöst worden, als bekannt wurde, daß der am 5. September entführte Unternehmerverbandspräsident Schleyer ermordet aufgefunden worden war.

Fahndungsblätter mit den Konturen der 16 Gesuchten sah ich zum erstenmal auf dem Telefonischen eines kleinen Hotels in Wiesbaden. Dann kamen sie mir überall unter: An Litfaßsäulen, in Frisierstuben und Läden; auch wurden sie an belebten Kreuzungen an Passanten verteilt. Die meisten Zeitungen brachten die Fotos ebenfalls. Das Fernsehen strahlte mehrmals einen von der Polizei hergestellten Film aus. Für Mitteilungen, die zur Ergreifung der Gesuchten führten, versprach das Bundeskriminalamt eine Belohnung von 800 000 DM, pro Nase 50 000 DM.

Das plötzliche Auftreten von Polizei, Ausweisüberprüfungen, Kontrollen an Autobahneinfahrten, das alles wurde Gewohnheit. Am ersten Fahndungstag kamen Tausende zu spät zur Arbeit, weil sie angehalten

worden waren. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden 80 Personen festgenommen, von denen jedoch keiner in irgendeiner Beziehung zu den Terroristen stand. Bundesanwalt Rebmann erklärte, die Fahndung bezwecke „sehr schnell min-



Zur Bewachung von Staatsmännern (hier Bundespräsident Walter Scheel) wurden auch Angehörige des Bundesgrenzschutzes herangezogen.

Foto aus „Stern“

destens 10 der 16 gesuchten Hauptäter“ zu fassen. Doch obwohl es gewisse Hinweise gab —, bereits in den ersten Tagen der Großfahndung erhielt die Polizei etwa 15 000 größtenteils in Form alterner Anrufe — konnte keiner der Verbrecher dingfest gemacht werden.

Inzwischen kamen von den Terroristen neue Drohungen, die hier sehr ernst genommen wurden. Die Bewachungsmaßnahmen verstärkten sich. In der Presse war Bundespräsident Walter Scheel in Begleitung von zwei MPi-Schützen abgebildet. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sprach dieser Tage nicht von einem Rednerpult, sondern von einem Balkon aus, der durch kugelfestes Glas abgeschirmt war.

Der gespannten Atmosphäre waren Ereignisse vorausgegangen, die das Jahr 1977 wohl zum Kulminationsjahr des Terrorismus in der Bundesrepublik machen.

Die Entführung des Unternehmerverbandspräsidenten gleich nach der Ermordung von Bundesanwalt Buback und Bankier Jürgen Ponto geriet gewissermaßen zur Kraftprobe zwischen Regierung und Terroristen. In den Verhandlungen mit den Entführern setzte Bonn auf Zeitgewinn. Während die Terroristen von der Sinnlosigkeit ihrer Aktion überzeugt und zur Freilassung ihres Gefangenen gebracht werden sollten, leitete die Polizei im ganzen Lande, wie nun bekannt wurde, eine geheime, aber sehr intensive Fahndung ein.

Die Aufgabe erwies sich als kaum lösbar. Gegen das Leben Schleyers verlangten die Terroristen die Freilassung von 11 größtenteils zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilten Mitgliedern der anarchistisch-terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe, darunter ihres Hauptführers Andreas Baader (Ulrike Meinhof hatte vor einiger Zeit im Gefängnis Selbstmord begangen). Doch die Bonner Regierung glaubte, wenn sie die Mitglieder des harten Kerns freiließe, würden diese bald in die Bundesrepublik zurückkehren und sich erneut dem Terrorismus zuwenden. Sie berief sich dabei auf Erfahrungen, die sie bei der Freilassung von Terroristen im Austausch gegen den Westberliner Politiker Peter Lorenz gemacht hatte.

Gleichzeitig brachte ein Hinauszögern das Leben Schleyers in Gefahr. Vier Repräsentanten der Großunternehmer machten Bundeskanzler Schmidt Visite. Der Gesprächsinhalt wie auch die Namen der Besucher blieben unbekannt, viele aber gelangten zu der Ansicht, daß der Kanzler unter Druck gesetzt und von ihm verlangt worden war, auf die Bedingungen der Entführer einzugehen. Schleyers Familie wandte sich an das Bundesverfassungsgericht mit dem Verlangen, es solle die Regierung veranlassen, den Terroristen nachzugeben, da die Verfassung vom Staat den Schutz des Lebens jedes einzelnen Bürgers fordere. Das Gericht lehnte die Bitte mit der Erklärung ab, die Regierung habe die Pflicht, sich nicht nur um die Sicherheit jedes einzelnen Bürgers, sondern um die der ganzen Gesellschaft zu kümmern.

Im Bundestag wurde gleichzeitig

ein Gesetzentwurf eingebracht, der vorsah, mit dem Terrorismus läieren Häftlingen den Kontakt mit der Außenwelt zu verbieten. Der Entwurf wurde damit motiviert, daß die Häftlinge im Verkehr mit Besuchern, Rechtsanwälten und untereinander angeblich die Möglichkeit hätten, Aktionen ihrer in Freiheit befindlichen Mittäter anzuleiten. Der Entwurf wurde in der für den Bundestag ungewöhnlich kurzen Frist weniger Tage von allen drei Fraktionen ausgearbeitet und mit deren Stimmen angenommen. Eine kleine Abgeordnetengruppe der SPD allerdings stimmte dagegen, da sie die Ansicht vertrat, daß dieses Gesetz als Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus nutzlos, als Element der Einengung der Menschenrechte jedoch gefährlich sei. Die Gruppe wurde vom SPD-Vorstand heftig kritisiert.

Verhandlungsgegenstand mit den Schleyer-Entführern und gleichzeitig Vorwand für den Aufschub einer endgültigen Regierungsentscheidung wurde die Frage, in welches Land die Gefangenen für den Fall ihrer Freilassung ausreisen könnten. Keiner der von den Terroristen als möglicher Anlaufpunkt genannten Staaten gab sein Einverständnis, wie Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski erfuhrte. Während der Verhandlungen verlangte die Regierung von Zeit zu Zeit Beweise dafür, daß Schleyer noch am Leben sei. Diese Beweise trafen in Form von Fotos, Briefen und Videobändern ein.

Die Sache begann sich hinzuziehen. Seit der Entführung war mehr als ein Monat vergangen, und die Meldungen darüber verschwanden von den Titelseiten der Zeitungen ins Innere. Da platzte am 13. Oktober eine neue Bombe. Vier Terroristen (laut Pressemeldungen Araber) kaperten eine Boeing 737 der Lufthansa, die von Mallorca nach Frankfurt am Main unterwegs war. 82 Fluggäste und 5 Besatzungsmitglieder waren damit in Lebensgefahr. Die Maschine machte eine erzwungene Zwischenlandung auf dem Römer Flughafen, wo die Terroristen erklärten, sie unterstützten die Forderung nach Freilassung der 11 Häftlinge aus bundesdeutschen Gefängnissen und verlangten obendrein die Enthauptung zweier weiterer Insassen türkischer Haftanstalten. Andernfalls würden sie die Maschine mit Fluggästen und Besatzung sprengen.

Fünf Tage lang kurvte das Flug-

zeug auf einer undurchschaubaren Route: Anfangs ging es in Zypern nieder, wo es auftankte, danach flog es nach Bahrain. Es folgte eine Landung in Südjemen und schließlich in der somalischen Hauptstadt Mogadischu. Auf der letzten Station erschossen die Entführer den Chef-piloten, anscheinend um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Am Sonntag, dem 16. Oktober, liefen zwei Ultimaten ab. Die Schleyer-Entführer teilten mit, falls bis 9 Uhr morgens ihre Forderungen nicht erfüllt seien, werde die Geisel hingerichtet. Die Flugzeugentführer setzten eine Frist bis 13 Uhr. Während der über Funk geführten Verhandlungen mit dem in Mogadischu eingetroffenen Minister Wischnewski stimmten sie einer Verlängerung des Ultimatums bis 1.30 Uhr nachts zu.

Genau um Mitternacht, anderthalb Stunden vor Ablauf der Frist, stürmte eine Antiterror-Einheit die entführte Maschine. Sie sprengte die Türen auf, und warf Knallkörper und Tränengasgranaten in den Passagierraum. Bei dem Schußwechsel wurden drei Terroristen getötet und einer verwundet. Einige Leichtverletzte gab es auch unter den Flug-gästen.

Durch die Bundesrepublik ging ein erleichtertes Aufatmen über die Geiselbefreiung, obwohl einige Zeitungen hervorhoben, es habe ein großes Risiko geherrscht. Das Fernsehen preist in allen Tönen die Qualitäten der Antiterror-Einheit. Von den Schleyer-Entführern gab es keinerlei Mitteilungen.

Am darauffolgenden Morgen wurde bekannt, in der Stuttgarter Haftanstalt Stammheim seien die Anführer der Baader-Meinhof-Gruppe Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin tot in ihren Zellen aufgefunden worden. Eine im Beisein ausländischer Ärzte vorgenommene Obduktion ergab, daß nichts gegen einen Selbstmord spreche. Dennoch halten die Verteidiger der Häftlinge die Selbstmordversion für anfechtbar. Unter anderem wollen sie beachtet wissen, daß Andreas Baader durch einen Genickschuß starb.

Stammheim hat den Ruf des „sichersten“ Gefängnisses der Bundesrepublik. Die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe galten als die bestbewachten Insassen. Außerdem waren sie bereits zwei Wochen (gemäß dem erwähnten Blitzgesetz) völlig von der Außenwelt und von einander isoliert. Wie also kamen

Baader und Raspe zu Pistolen? Wie gelangte das Stromkabel in die Hände der Ensslin, an dem sie sich erhängte? Wie entstanden in anderen Zellen Verstecke für Transistor-empfänger, Sprengstoff und andere Gegenstände? Das alles zeigte zumindest von Schlamperei der Behörden Baaden-Württembergs, denen die Haftanstalt untersteht.

Drei Tage nach dem Sturm auf das Flugzeug wurde in der französischen Stadt Mulhouse, nicht weit von der Grenze zur Bundesrepublik, ein grüner Audi 100 aufgefunden, auf den ein anonyme Anrufer hingewiesen hatte. Als der Kofferraum mit äußerster Vorsicht geöffnet wurde, entdeckte man dort die Leiche Hanns Martin Schleyers. Er hatte durch drei Kopfschüsse den Tod gefunden.

Das löste die Großfahndung aus, die bis zum heutigen Tag andauert.

Der Mord an Schleyer hat die Diskussionen über den Terrorismus, die Methoden zu seiner Bekämpfung und seine Begleiterscheinungen wieder aufflammten lassen.

Der Pressesprecher des Parteivorstandes der DKP Eberhard Weber sagte: „Die Ermordung des Präsidenten der Unternehmerverbände, Hanns Martin Schleyer ist ein abstoßendes Verbrechen. Die DKP verurteilt es ebenso, wie sie die anderen Verbrechen der terroristischen Abenteurer verurteilt hat. Für den Mord an Hanns Martin Schleyer ergibt sich keinerlei Rechtfertigung aus der Tatsache, daß er als maßgeblicher Vertreter des Monopolkapitals gegen die Lebensinteressen der arbeitenden Menschen, gegen die Forderungen der Gewerkschaften auftrat.“

Diese wie auch vorangegangene Beurteilungen der Ereignisse durch die DKP wollte die bürgerliche Presse kaum zur Kenntnis nehmen. Die DKP hat bereits mehrmals erklärt, terroristische Aktionen und Abenteuerstum seien gegen die Interessen der Arbeiterbewegung, gegen den notwendigen Kampf der arbeitenden Menschen für ihre Interessen, für Demokratie und sozialen Fortschritt gerichtet. Die DKP unterstrich, diese Aktionen nutzten, wie die Geschichte und auch die jüngsten Ereignisse bewiesen, allein den extremen Feinden der Arbeiter und der Demokratie.

Weshalb hat die bürgerliche Propaganda diese so unzweideutige Verurteilung ignoriert? Einfach weil sie nicht in die stille Rechnung der

Reaktion paßt. In der Erklärung der DKP hieß es: „Die rechtesten Kräfte nehmen jetzt den Mord an Hanns Martin Schleyer zum Anlaß, um noch schärfer Stimmung gegen alle zu machen, die Kritik an der Praxis großkapitalistischer Profitjagd, an den ungerechten Macht- und Besitzverhältnissen in unserem Land üben, die für Mitbestimmung und die Rechte der arbeitenden Menschen eintreten. Wir weisen entschieden die Versuche zurück, Demokraten und Sozialisten als potentielle Komplizen des Terrors zu verleumden.“

Doch gerade das wurde in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit den dramatischen Vorgängen der letzten Zeit versucht. Dabei wollte die Reaktion mit „weitreichenden“ Methoden vorgehen. Als Propagandaschlüssel wurde das merkwürdige Wort „Sympathisant“ gewählt. Zunächst bezeichnete es Leute, die sich zwar nicht persönlich an Terrorakten beteiligt, jedoch halfen, Terroristen vor der Polizei zu verbergen, sie mit Geld auszustatten usw. Bald aber bekam dieser Begriff eine weitgefaßtere Bedeutung. Allmählich begann man, alle als Sympathisanten zu bezeichnen, die sich eine Kritik am Kapitalismus herausnahmen. Ein Politiker verstieg sich sogar zu der Aussage, als Sympathisanten seien auch jene anzusehen, die nicht von der Baader-Meinhof-Bande, sondern von einer „Gruppe“ sprächen.

Springers Welt unternahm einen giftigen Angriff auf Vertreter der Kulturszene, und der Nobelpreisträger Heinrich Böll weiß im Fernsehen schon von ihrer Haussuchung bei seinem Sohn zu berichten. Böll versichert, er habe Beweise für eine Zusammenarbeit der Springerpresse mit der Polizei. Den Film Günter Wallraffs, der die Praktiken von Springers **Bild-Zeitung** aufdeckt, hat das Fernsehen abgesetzt. Abgesetzt wurde auch ein Auftritt der katholischen Schriftstellerin Luise Rinser. Ebenfalls in Schußfeld geriet der Bestseller-Autor Günter Grass. Der Satireplakatmaler Klaus Staeck schuf eine Zeichnung, auf der die Bücher von Böll, Grass und Lenz in Flammen aufgehen, und versah sie mit der Unterschrift: „Der Sympathisantensumpf muß trockengelegt werden, dann werdet Ihr Deutschland nicht wiedererkennen.“

Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Schriftsteller Bernt Engel-

mann gab dazu eine Erklärung ab, die die bürgerliche Presse ebenso unter den Tisch fallen lassen wollte. Darin sagte er, er und seine Kollegen hätten in letzter Zeit nur damit zu tun, die in großer Menge über sie ausgeschütteten Verleumdungen zu widerlegen. Wenn das so weitergehe, könne das dazu führen, daß ein Teil der Schriftsteller die Bundesrepublik verlässe.

Weiter äußerte Engelmann: „Es gibt keine Sympathisanten der Meuchelmörder — am allerwenigsten bei uns Schriftstellern. Aber es gibt leider etliche Nutznießer des Terrors, darunter Leute, die sich vergnügen die Hände reiben, wenn der Terrorismus blindwütiger Einzelgänger jenes Feuer anfacht, an dem sie ihr ganz spezielles Süppchen zu kochen gedenken. Wir wollen ihnen diese Suppe nach besten Kräften versalzen. Und wenn ich vorhin von einem möglichen Exodus gesprochen habe, von einem Auszugsdorfer, denen es, um mit Böll zu sprechen, jetzt langt — sie mögen sich nicht zu früh freuen, die Herren Ästheten und Stilisten der **Bild-Zeitung**, die Dichter und Denker des **Bayern-Kuriers**, die Schöngesteier von Quick und Praline und die Hommes-de-Lettres von der **Passauer Neuen Presse**. Leuten wie ihnen hat unser Kollege Heinrich Heine auch noch von Paris aus die Hölle ganz schön heiß gemacht.“

Die CDU brachte unlängst eine ausführliche „Dokumentation“ unter dem Titel „Terrorismus in der Bundesrepublik“ heraus. Dort werden zu den Leuten, die auf die eine oder andere Weise den Terrorismus in der Bundesrepublik förderten, der freidemokratische Innenminister Maihofer und ... Bundeskanzler Helmut Schmidt gezählt.

Gleichzeitig tauchten Dutzende Entwürfe für Gesetzes- und sogar Verfassungsänderungen auf. Sie wurden unter dem Vorwand der „verstärkten Bekämpfung des Terrorismus“ verkauft, zielen in Wirklichkeit auf die weitere Beschneidung der demokratischen Freiheiten ab.

Unter diesen Umständen betont die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik immer wieder, wie notwendig gemeinsame Aktionen der Kommunisten und der Sozialdemokraten, der christlichen und der parteilosen Arbeiter sind, um das Grundgesetz vor neuen Angriffen der Reaktion zu schützen.

Bonn

DISKUSSION MIT DEM LESER

Zur sowjetisch-amerikanischen Nahostklärung möchte ich einige Überlegungen äußern. Ich weiß, daß die UdSSR stets die Araber gegen die israelische Aggression unterstützt hat, und ich schätze diese Position. Doch dadurch, daß sie sich auf ein gewisses Zusammenwirken in der Nahostfrage mit den USA, den Beschützern Israels, eingelassen hat, kann sie den Arabern einen schlechten Dienst erweisen.

Abdel LATIF
Köln, BRD



Es diskutiert

NZ-Redaktions-

mitglied

Dmitri

WOLSKI

Sie zweifeln also daran, daß die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit den Interessen des Kampfes der arabischen Völker für eine gerechte Regelung des Nahostkonfliktes entspricht. Ich möchte gleich sagen, daß derartige Zweifel unbegründet sind. Es sei vor allem daran erinnert, daß die UdSSR und die USA bereits Zusammenarbeit praktiziert haben, zudem in den schwierigsten, kritischsten Momenten der Nahostkrise. 1967 und 1973 stimmten sie für Sicherheitsratsresolutionen, die dazu beitragen, daß die Waffen verstummen. Ihre Vertreter waren Kovorsitzende der Genfer Friedenskonferenz. Jetzt treten die Sowjetunion und die USA für eine Wiedereinberufung dieser Konferenz nicht später als im Dezember d. J. ein, was gerade auch in der gemeinsamen Erklärung betont wird.

Wenn Sie dieses Dokument aufmerksam studieren, werden Sie dort eine Reihe wichtiger Thesen finden, die die arabischen Völker und ihre Freunde schon seit langem verfechten. Hiervon

war in der NZ (Heft 41 und 43) eingehend die Rede. In der Erklärung gibt es nichts, was die legitimen Rechte und Interessen der Araber schmälern würde. Unterdessen setzen sich Washingtoner Politiker in ihren einseitigen Aktionen nicht selten über die gerechten Forderungen der arabischen Völker hinweg. Wovon zeugt all das? Davon, daß sich die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion positiv auch auf die amerikanische Nahosthaltung auswirken kann. Washington muß mit dem prinzipiellen Kurs der UdSSR rechnen und an seiner Politik Korrekturen vornehmen.

Man muß berücksichtigen, daß die Nahostpolitik der USA von verschiedenen, selbst widersprüchlichen Faktoren bestimmt wird: von dem Druck der israelischen Lobby, den Interessen der Ölmonopole in den arabischen Ländern, den strategischen Zielen des Pentagon und Befürchungen, der Nahostkonflikt könnte den Weltfrieden gefährden usw. Alle diese Tendenzen hängen gleichfalls von einem ganzen Komplex ab, u. a. auch von der Bereitschaft der Sowjetunion, mit den USA bei der Entschärfung der Nahostkrise zusammenzuarbeiten.

Die UdSSR hat keinerlei eigennützige Interessen im Nahen Osten. Natürlich gibt es auch keine „Pressure Groups“, die sich ihrer annehmen. Wir wollen nur einen dauerhaften, gerechten Frieden in diesem Raum. Selbstverständlich verlangt die Zusammenarbeit mit den USA zur Erreichung dieses Ziels Kompromisse auf beiden Seiten. Doch diese Kompromisse haben Grenzen. Die UdSSR bleibt elastisch, doch fest in den prinzipiellen Fragen.

„Die Sowjetunion wird ihrerseits auch in Zukunft alles für eine Nahostregelung tun, die dauerhaften Frieden schaffen sowie die legitimen Rechte und Interessen keines Volkes, keines Staates dieses Raumes schmälern würde“, erklärte Andrej Gromyko in seiner Rede auf der 32. UNO-Vollversammlung. „Vor diesem hohen Forum erklärt unser Land wiederum: Wir waren und bleiben Verteidiger der gerechten Sache der Araber, deren Gebiete unrechtmäßig annexiert wurden und mit Waffengewalt gehalten werden...“

Eine möglichst breite Teilnahme der UdSSR an Friedensbemühungen ist für die arabischen Länder von Vorteil. Ich möchte nur auf die Äußerung eines namhaften Beiruter Kommentators verweisen, der von der *New York Times* zitiert wird, um die vorherrschende Meinung in arabischen politischen Kreisen zu charakterisieren. „Die sowjetische Präsenz“, sagte er, „gibt uns ein größeres Gefühl des Gleichgewichts. Jetzt können wir Verhandlungen weiterführen und sicher sein, daß wir Rückendeckung haben.“ Eine aktive Rolle der UdSSR im Nahen Osten schadet auch keineswegs den wahren Interessen des israelischen Volkes, da die Israelis nicht weniger als die Araber Verhandlungen, Frieden und Entspannung brauchen.

Gerade die Expansionspolitik Israels wirkt sich störend auf eine Wende zu einer Nahostfriedensregelung aus. Wenn die Zusammenarbeit UdSSR—USA dazu beitragen wird, eine solche Wende herbeizuführen, dann werden alle, die Gerechtigkeit und Frieden wollen, davon Gewinn haben.

Erklären Sie bitte den Begriff „Souveränität“

J. RATSKOWA
Ordshonikidseabad
Tadzhikische SSR

Dieser Begriff hängt mit dem lateinischen Wort „superanum“ (zuvorst befindlich) zusammen. Im Altfranzösischen erlangte es als „soverein“ die Bedeutung „Inhaber der höchsten Gewalt“. Als „Souveränität“ wurde die absolute, unbegrenzte Macht des Monarchen bezeichnet. Im 17. Jh. definierte ein holländischer Jurist die staatliche Souveränität als Macht, „deren Handlungen keiner anderen Macht unterworfen sind und die nicht von einer anderen Macht nach Guttüren aufgehoben werden können“.

In dieser Bedeutung wird das Wort bis heute gebraucht. Souveränität bedeutet also die volle legislative, exekutive und Rechtsprechungsgewalt des Staates auf seinem Staatsgebiet, die jegliche ausländische Macht ausschließt.

Das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten ist als ein Grundprinzip des Völkerrechts in der UNO-Charta verankert. Doch die Praxis der internationalen Beziehungen zeigt, daß sich die imperialistischen Länder, die in Worten die souveräne Gleichheit aller Staaten anerkennen, nicht selten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft kämpfen konsequent gegen alle Anschläge auf die Souveränität der Staaten.

NZ

POST

Ich möchte berichten, wie meine Familie von einem uns durch die sowjetische Verfassung garantierten Recht, dem Recht auf Bildung, Gebrauch gemacht hat. Mein Vater war vor der Oktoberrevolution Bauer, konnte weder lesen noch schreiben. Doch was hat die Sowjetmacht seinen Kindern und Enkeln gegeben? Ich habe Hochschulbildung erhalten und bin jetzt Lehrer. Mein älterer Bruder wurde Flieger, mein jüngerer — Ingenieur. Meine Schwester arbeitet in einer Fabrik. Wir haben (meine Frau ist auch Lehrerin) drei Kinder: Die Tochter ist Studentin im 5. Studienjahr an einer medizinischen Hochschule, unser Ältester dient nach Schulabschluß in der Sowjetarmee und möchte später einmal Ingenieur werden, sein jüngerer Bruder besucht eine Kunstschule. Meine Familie ist keineswegs eine Ausnahme in Baschkirien.

Farit CHASSANOW
Tugajewo, Rayon Gafurijski
Baschkirische ASSR

Ich bin einfache Arbeiterin. Unser Kollektiv nimmt regen Anteil an den internationalen Ereignissen. Kürzlich haben wir ein Solidaritätsmeeting mit den Patrioten Chiles veranstaltet. Luis Corvalán, der damals in unserem Land weilte, übermittelte uns seinen Dank für unser Auftreten gegen das Juntaregime. Wir nehmen auch einmütig gegen die Neutronenbombe Stellung. Der Kampf für den Frieden ist ein schwerer Kampf, doch wir werden siegen. Die Wahrheit ist auf unserer Seite. Unsere Politik ist richtig.

Jolán SZAVAI
Budapest, Ungarn

Einige unserer Rundfunksender wollen ihren Hörern einreden, daß — trotz der in der UdSSR proklamierten Gleichheit und Gleichberechtigung der Nationen — die Russen stets das letzte Wort haben, selbst in den Angelegenheiten der nationalen Republiken. Und obgleich ich noch nie in Ihrem Land war, meine ich, daß dies tendenziöse Propaganda ist. Interessant wäre es, die Meinung einfacher Menschen aus diesen Republiken zu hören.

Kurt WAGNER
München, BRD

PS

Wer schützt sie vorm Verfassungsschutz?

Das Erstaunen des frischgebackenen Innenministers des Bundeslandes Hessen, Ekkehard Gries, kannte keine Grenzen. Nach seinem Amtsantritt wollte sich dieses Mitglied der regierenden FDP über die Tätigkeit des ihm unterstellten Landesamtes für Verfassungsschutz informieren. Als der Minister sich die Karteikarten der „Verdächtigen“ ansah, stieß er unerwartet auf seinen Namen. Was war geschehen? Wie sich herausstellte, hatten die „Verfassungshüter“ bereits zu einer Zeit eine Akte über ihn angelegt, als Gries die Landesorganisation der Jungdemokraten leitete. Anlaß war seine Teilnahme an einem Treffen mit Vertretern der DDR-Jugendorganisation FDJ.

Gerichtsvollzieher hinter Gittern



James George, Gerichtsvollzieher aus Parkersburg im US-Staat Westvirginia, verbinden mit dem dortigen Gefängnis offensichtlich angenehme Erinnerungen. Zumindest kaufte er, als das Kittenchen abgerissen werden sollte, für 100 Dollar eine Zelle. Jetzt ist der Kuckuckkleber dabei, sie bei sich im Hof aufzustellen, in der Hoffnung, die

Zelle werde „ein angenehmer, kühler Platz sein, wo man abends sitzen kann.“

... dann trugen
ihn die Englein fort



Die Wochenzeitung der anglikanischen Kirche *Church Times* schreibt, bei den katholischen Priestern in Großbritannien sei der Alkoholismus ein immer ernsteres Problem. Der Sekretär der Berufsvereinigung der Priester, Christopher Lawson-Tancred, zweifelte diese Erklärung an. „Ich verstehe nicht, wie sie sich das bei ihrem Gehalt leisten können“, sagte er.

Build it yourself

Herodot meinte, daß die berühmten ägyptischen Pyramiden mit Holzkränen und -winden errichtet wurden. Doch nach Auffassung des japanischen Archäologen Yoshimura läßt sich die Wahrheit nur ermitteln, wenn man so eine weitere Pyramide baut. Dieser Gedanke gefiel der japanischen NTV-Gesellschaft. Sie erbot sich, das Objekt zu finanzieren (eine Million Dollar), wobei zwei abendfüllende Filme zum bevorstehenden 25. Gründungstag der Gesellschaft gedreht werden sollten. Die ägyptischen Behörden verlangten, daß die Pyramide gleich nach Abschluß des Baus und der Dreharbeiten wieder zerstört werden müsse.

Rückzieher

Zu einem der größten Zivilprozesse der USA wurde eine Klage von Stewardessen, die von der Fluggesellschaft American Airlines entlassen worden waren. Von 1965 bis 1970 setzte die Gesellschaft 300 ihrer Mitarbeiterinnen an die Luft, als jene Schwangerschaftsurlaub nehmen wollten. Obgleich diese Schritte der Betriebsleitung eine offensichtliche Verletzung des amerikanischen Gesetzes über Bürgerrechte von 1964 waren, dauerte es sieben Jahre, bevor das Gericht eine Entscheidung zugunsten der Entlassenen fällte.

Greife lieber zur...



Die belgischen Raucher haben allen Grund zur Unruhe: Tabakwaren werden wieder teurer. Jetzt wird eine Packung der beliebtesten belgischen Zigaretten (filterlos) 45 Franc kosten. Es handelt sich bereits um die 17. Preiserhöhung seit 1951. Die Bosse sorgen sich keineswegs um die Volksgesundheit, sondern um ihre eigenen Profite, wenn sie die Tabakpreise anheben. Überdies wird die Nachfrage nach Tabakwaren künstlich von der Reklame hochgetrieben, die glauben machen will, man solle teure Zigaretten wegen ihrer „hohen Qualität“ und ihres „feinen Aromas“ kaufen. Wie fett die Profite der Tabakbosse sind, zeigt die Produktion: 20 Md. Zigaretten, 1,2 Md. Zigarren und etwa 5000 t Pfeifentabak jährlich in einem Land mit 10 Millionen Einwohnern.

Die Polizei -- dein Freund und Helfer



In Hongkong gab es ein Nachspiel zu einem Korruptionsskandal bei der dortigen Polizei. Der Chef der Hongkonger Ordnungshüter, Peter Godber, der ein riesiges Vermögen zusammengeauert und dafür vier Jahre Knast erhalten hatte, wurde kürzlich „wegen vorbildlicher Führung“ vorfristig aus der Haft entlassen und machte sich daran, seine ergaunerten Millionen endgültig in Sicherheit zu bringen. Beachtliche Summen landeten auch in Taschen anderer Hongkong-Bullen. Die britische Wochenzeitung *Observer* zeigte, woher die Mäuse kommen. „Unter den fünf Millionen Einwohnern Hongkongs“, schreibt der *Observer*, „gibt es so manche — von honorigen Straßenhändlern bis zu weniger honorigen Kupplern und Narkotikahändlern —, die den Polizisten nur zu gern allein dafür zahlen, daß jene sie in Ruhe lassen.“

Albion, deine Analphabeten

Wie eine Untersuchung in England und Wales zeigte, verbringen Schüler zwischen 10 und 14 Jahren jeden Abend durchschnittlich zweieinhalb Stunden vor dem Fernseher. Wer mehr in die Röhre schaut, liest weniger Bücher. Mit 14 hören 40 Prozent der Jungen und ein Drittel der Mädchen ganz auf zu lesen.

Zeichnungen
V. Trintschenko

DIE UdSSR
IM SPIEGEL
IHRER
PRESSE

die Zeitschrift
putnik

bedeutet
Information
aus erster
Hand



MONATLICHER
DIGEST
DER SOWJETISCHEN
PRESSE
UND LITERATUR

SPUTNIK ist eine Zeitschrift
für die ganze Familie

Aus 13 000 sowjetischen
Zeitung und Zeitschriften
wählt „SPUTNIK“
für den ausländischen Leser
NEUES, INTERESSANTES
und BEDEUTSAMES
über die sowjetische Lebensweise,
Politik und Wirtschaft,
Wissenschaft und Technik,
Literatur und Kunst aus.



INTERNATIONALER
FOTOWETTBEWERB
IM OBJEKTIV:
UNSER PLANET

Die „Neue Zeit“
veröffentlicht
weiter Fotos
der Leser.



TRÂN CU' (Vietnam) —
„Eifrig dabei“;
P. GRENIER (Frankreich) —
„Pariser Gamin“;
SCH. SAICHAN-BAJAR (Mongolei) —
„Eine Stadt wächst empor“;
J. AGARWAL (Indien) —
„Flusszene“;
W. KRUGLIKOW (UdSSR) —
„Chopin“

